

Preis: € 3,00 (AT), 71. Jahrgang | Erscheinungsort: Wien | Österreichische Post AG, MZ 022030510 M | ACADEMIA, Lerchenfelder Str. 14, 1080 Wien

# Academia

Politik. Wirtschaft. Religion. Kultur.

4

Der Tod als  
Dienstleistung

21

Gegen Big Brother  
und die Cyber-Blase

32

Oper  
in der Krypta

## ENDE UND ANFANG EINER ÄRA

Die politischen Umbrüche der Hippiezeit

Österreichischer Cartellverband  
02 | 2020 (April)





# ENDE UND ANFANG EINER ÄRA

**4**

**DER TOD  
ALS DIENSTLEISTUNG**

Alfred Trendl

**18**

**DAS ÖSTERREICHISCHE  
„HELDENZEITALTER“**

Gerhard Hartmann

**30**

**1300 JAHRE HL. OTTILIE**

Gerhard Jandl

**8**

**DR. KREISKY  
ROTIERT IM GRABE**

Alexander Purger

**21**

**GEGEN BIG BROTHER  
UND DIE CYBERBLASE**

Wilhelm Ortmayr

**32**

**OPER IN DER KRYPTA**

Lucas Semmelmeier

**12**

**DER ERSTE MODERNE KAM  
FÜR ÖSTERREICH ZU FRÜH**

Heinrich Neisser

**24**

**THE DOCTOR  
WILL SEE YOU NOW**

Florian Stummer

**36**

**REZENSION**

**37**

**LESERBRIEFE**

**15**

**DIE WENDE  
WAR VIER JAHRE FRÜHER**

Walter Schwimmer

**28**

**WARUM SIND ALLE  
UNZUFRIEDEN?**

Franz Mayrhofer

**39**

**DER AUSNAHMEZUSTAND**

Herbert Kaspar

**Ein Jahr ACADEMIA um 15 Euro**

Das Jahres-Abo im Umfang von sechs Ausgaben kostet nur 15 Euro und kann per E-Mail an [academia@oecv.at](mailto:academia@oecv.at) oder per Telefon unter +43-1-405 16 22 31 bestellt werden. Es genügt auch einfach eine Überweisung des Abonnement-Preises auf das Konto AT11 3200 0002 1014 5050 (Academia) unter Angabe der Zustelladresse.

# LIEBE LESER!

Ein Heft wie aus einer anderen, lang zurückliegenden Zeit... so mutet diese Ausgabe der ACADEMIA vielleicht an. Inhaltlich geplant wurde sie vor vielen Wochen, zu Redaktionsschluss gab es in Österreich keine 30 Corona-Fälle. Nun nennt der Kanzler das, was vor uns liegt, die „größte Herausforderung seit 1945“ und man gibt ihm unumwunden Recht. Wer weiß, in welcher Lage sich unser Land befindet, bis diese Ausgabe den Weg zu den Lesern gefunden hat (...falls sie ihn in gedruckter Weise überhaupt findet).

Vielleicht tut es da ganz gut, einen Ausflug zu machen in die Zeit vor der Seuche. Damals blickte man zurück ins Jahr 1970, denn genau vor 50 Jahren endete in Österreich die Ära der ÖVP-Bundeskanzler (die obendrein alle dem ÖCV angehörten). War-

um danach die Ära Kreiskys und der SPÖ kam und was aus dieser Partei geworden ist, analysieren in dieser Ausgabe SN-Journalist Alexander Purger (Lp), ÖCV-Historiker Gerhard Hartmann (Baj) und die politischen Zeitzeugen Heinrich Neisser (Baj) und Walter Schwimmer (TRW).

Eingeleitet wird das Heft mit Beiträgen von Alfred Trendl (NbW), Günter Virt (Walth) und Gerhard Jandl (Kb) zum ebenso aktuellen wie bedenklichen Urteil des deutschen Verfassungsgerichts zum Thema Sterbehilfe, das auch in Österreich für teils erbitterte Diskussionen sorgt und noch sorgen wird. Nur zwei Jahre nach ihrem endgültigen Inkrafttreten hat die DSGVO bereits Reformbedarf, sagt im ACADEMIA-Interview Datenschützer Georg Markus Kainz (F-B).

Nicht weil gefuscht wurde, sondern des enorm raschen technischen Fortschritts wegen. Der macht auch vor der Medizin nicht halt und platziert immer mehr Patienten nicht im Sprechzimmer ihres Arztes, sondern vor einem Computerbildschirm. Telemedizin lautet das Schlag dieser Entwicklung, die auch unseren Gesundheitsbetrieb verändern wird.

Abgerundet wird das Heft von einem Blick auf eine kleine, aber feine Opernbühne in Wien, der Vorstellung einer durchaus österreichischen Heiligen, sowie einem philosophischen Text aus der Feder Franz Mayrhofer (R-J), der spannenweise auf eigenen Zitat aus dem Jahr 1980 basiert, dadurch aber nichts an Aktualität einbüßt, auch (und schon gar) nicht im Licht der aktuellen Ereignisse.



Mehr noch als „viel Freude bei der Lektüre“ wünscht die ACADEMIA diesmal allen Lesern, dass sie gesund bleiben und gut durch die Zeit kommen mögen, was immer sie uns bringen mag.

**Wilhelm Ortmayr (Lo, NdW)**  
Chefredakteur

---

## Academia Ausgabe 2/2020 (April).

**Medieninhaber:** Cartellverband der katholischen österreichischen Studentenverbindungen (ÖCV).

**Mit der Herausgabe beauftragt:** Gerhard Jandl. **Chefredakteur:** Wilhelm Ortmayr. **Redaktion:** Florian Kamleitner, Lucas Semmelmeier, Herbert Kaspar, Gerhard Hartmann. **Layout:** Stephanie Seiler. **Verlagsleitung:** Gerhard Jandl.

**Redaktionsmanagement:** Maximilian Bähr. **Adresse (alle):** Lerchenfelder Straße 14, 1080 Wien; +43 1 405 16 22-31; academia@oecv.at; www.academia.or.at. **Reproduktion/Druck:** Print Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau.

**Fotos/Grafiken (sofern nicht anders angegeben):** ACADEMIA-Archiv, ÖCV-Archiv, Adobe Stock, Pixabay, privat.

**Cover:** Stephanie Seiler. **Verkaufspreis:** EUR 3,00. **Abo:** EUR 10,00/Jahr (Studenten), EUR 15,00/Jahr (Normalpreis).

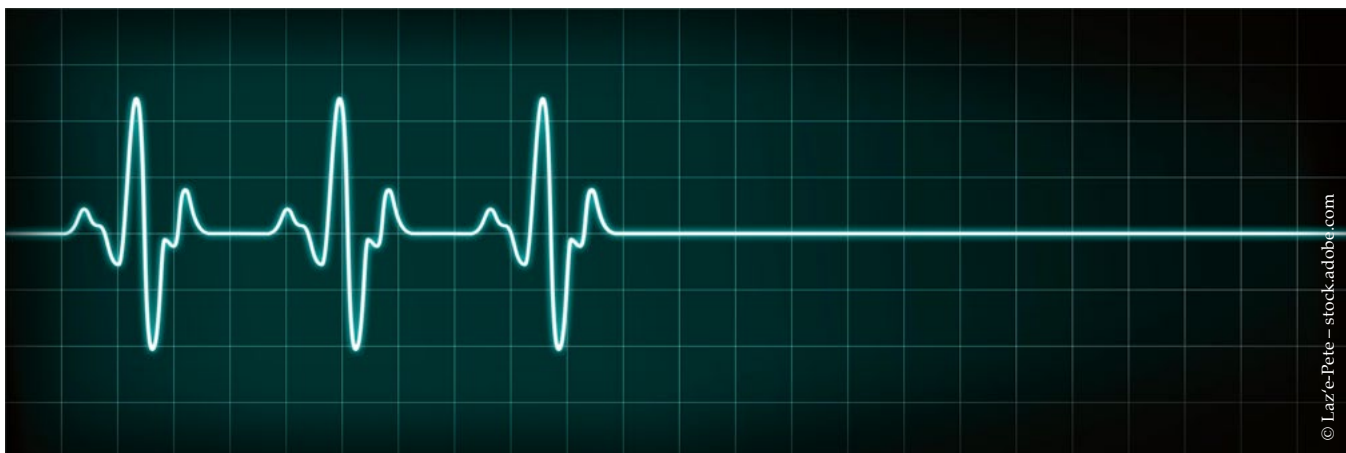
**Verkaufsstellen:** Wien 8, ÖCV-Sekretariat, Lerchenfelder Straße 14; Wien 15, Trafik Lipka, Mareschgasse 32. Bruck/M.: Trafik Kamper, Herzog-Ernst-Gasse 23. Hartberg: Trafik Denkmeyr, Kirchengasse 6. Innsbruck: Trafik Wacker, Museumsstraße 38; Trafik Sezemsky, Brunecker Straße 1.

**Hinweise:** Beiträge, die die offizielle Meinung des ÖCV wiedergeben, sind als solche gekennzeichnet. Alle anderen Publikationen stellen nur die persönliche Meinung des Autors dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewährleistung übernommen. Redaktionell abgeschlossen am 20.3.2020.

# DER TOD ALS DIENSTLEISTUNG

Sterbehilfe in Deutschland – eine Entscheidung, die Fragen aufwirft: Wer vertritt die Würde des Menschen? Welche Signale senden wird an alte oder kranke Mitbürger? Wie halten wir es generell mit der Suizidprävention? Ein warnendes Plädoyer.

ALFRED TRENDL



Ich möge mein „Maul halten und nicht die Würde des Menschen mit Füßen treten“, war eine unmittelbare Reaktion auf meinen ZIB-Auftritt mit der Kritik an der Erlaubnis der geschäftsmäßigen Sterbehilfe in unserem Nachbarland Deutschland durch den dortigen Bundesverfassungsgerichtshof. Sie zeigt deutlich, dass bei diesem Thema die Emotionen hoch gehen und es schwierig ist, sachlich zu argumentieren. Verständlich, wer will

schon hilflos zusehen, wenn ein geliebter Mensch Qualen erleidet? Nur zu schnell wird man als Kritiker der Sterbehilfe ins konservative und religiöse Abseits gestellt und einem Bevormundung unterstellt. Da fällt ein Erklären seiner Position oft schwer, das gebe ich offen zu.

Warum ich trotzdem vor einer Lockerung der Gesetze in Österreich warne? Die Folgen davon sind in anderen Staaten unmittelbar beobachtbar.

In den Niederlanden zum Beispiel trat 2001 das „Gesetz zur Kontrolle der Lebensbeendigung auf Verlangen und Hilfe bei der Selbsttötung“ in Kraft – weltweit das erste Land, das die aktive Sterbehilfe zuließ.

## FREIGABE STEIGERT ZAHL DER FÄLLE DEUTLICH

Die Entwicklung heute, fast zwanzig Jahre danach, ist ernüchternd: Zwischen 2012 und 2016 stieg die Zahl der

Sterbehilfe-Fälle um 31 Prozent und längst sind es nicht mehr nur Patienten mit unheilbaren Krankheiten, die diese „Dienstleistung“ in Anspruch nehmen. Mittlerweile kann jedes Leiden sofort beendet werden, so lange es als unerträglich diagnostiziert wird: Demenzkranke, Depressive, Menschen mit Borderline-Störung oder mit Behinderung. Sie alle können den tödlichen Medikamenten-Cocktail, der in den Niederlanden in den meisten



Fällen vom Hausarzt überreicht wird, erhalten.

In Österreich ist gesetzlich festgehalten, dass Ärzte Schmerzmittel auch in einer Dosis geben können, in der sie die lebensverkürzend wirken. Die Intention des Arztes ist hier eine andere: Er möchte, wenn er schon nicht heilen kann, zumindest die Schmerzen lindern oder beseitigen. Durch Patientenverfügungen und -vollmachten kann jeder seine Wünsche für solche Situationen festlegen und auf lebensverlängernde Maßnahmen verzichten.

### **BEDENKLICHE GRAUBEREICHE**

Besonders kritisch wird es, wenn ein Patient nicht mehr klar seinen eigenen Willen äußern kann. Das zeigt ein Prozess um den Tod einer 74-jährigen Holländerin, die im Jahr 2016 getötet wurde. Sie hatte in einem frühen Krankheitsstadium den Wunsch nach Sterbehilfe ge-

äußert, könnte es sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft allerdings noch einmal anders überlegt haben, ein letztes Gespräch mit der Patientin selbst wurde nicht mehr geführt. Allerdings erweckte die Patientin laut Medienberichten nach der Einnahme des Mittels noch einmal und wehrte sich gegen die tödliche Injektion, ihre Angehörigen mussten sie bis zur Vollendung der Sterbehilfe fixieren. Die darauf folgende Diskussion zur Tötung von Demenzkranken bewog sogar ein Mitglied eines regionalen Euthanasie-Kontrollteams zum Rücktritt, ihre Begründung: „Sie könne den deutlichen Wandel in der Auslegung der Sterbehilfegesetze bis hin zu tödlichen Injektionen für Menschen mit Altersdemenz nicht mehr mittragen.“

Der frühere Abgeordnete zum Nationalrat Franz-Josef Huainigg fordert bessere Alternativen zur gewerbsmäßigen Sterbehilfe. Er berichtet

von Palliativmedizinerinnen die betonen, dass der Sterbewunsch sich in einen Lebenswunsch verwandelt, sobald Schmerzen durch Palliativmedizin beseitigt werden, es persönliche Perspektiven gibt und die Menschen Ansprache und menschliche Wärme empfangen. Dies meint die Kardinal Franz König (Rd) zugesprochene Aussage vom „Sterben an der Hand und nicht durch die Hand eines anderen.“

Und genau das sehe ich als Aufgabe von Christen: Alternativen anzubieten, die Politik vor unabwägbaren Entwicklungen zu warnen und stattdessen einen flächendeckenden Ausbau der Palliativmedizin – also einer Medizin die sich primär um die Lebensqualität des Schwerkranken bemüht – und der Hospize umzusetzen.

Mit dem deutschen Verfassungsurteil wird auch die Presse vor einer spannenden Frage stehen: Wie hält sie es

in Zukunft mit der Suizidprävention? Unausgesprochen gibt es unter Journalisten einen Codex: Um keine Nachahmer zu provozieren, vermeidet man es, Selbstmorde in den Medien zu thematisieren.

Wird das so bleiben, jetzt wo das höchste deutsche Gericht ein Recht auf assistierten geschäftsmäßigen Suizid, und zwar unabhängig von einer unheilbaren Krankheit, festgestellt hat? Sind die Bemühungen von Psychologen oder Telefonseelsorgern jetzt nichts mehr wert, schließlich versuchen sie ja den Menschen ihr „gutes Recht auszureden“?

### **ÖSTERREICH MUSS DEBATTE FÜHREN**

Viele Fragen tun sich für mich mit der Entscheidung des deutschen Höchstgerichtes auf. Fragen, die wir auch in Österreich in Kürze diskutieren könnten. Voraussichtlich im Juni wird der





österreichische Verfassungsgerichtshof eine Entscheidung treffen, ob in Österreich Töten auf Verlangen und die Beihilfe zum Selbstmord straffrei wird oder die Rechtslage bleibt, wie sie ist.

### **IN DER SCHWEIZ EIN BLENDENDEN GESCHÄFT**

Nicht übersehen werden sollte, dass sich hinter dem Wunsch nach Liberalisierung der Sterbehilfe-Gesetze auch (volks)wirtschaftliche Interessen verbergen: Laut Schweizer Medienberichten kommen die drei großen Sterbehilfe-Vereine zusammen mittlerweile auf einen Jahresumsatz von zehn Millionen Schweizer Franken.

Recht ist Güterabwägung, Interessensausgleich: Auch wenn einzelne die Autonomie wünschen, nicht nur selber den Freitod zu wählen sondern dafür auch die Unterstützung anderer einfordern zu können, bleibt abzuwägen, welche ungewünschten Konsequenzen damit verbunden wären: eine große Zahl von alten und zu pflegenden Menschen, die sich durch die Möglichkeit der Beihilfe zur Selbsttötung unerwünscht oder überflüssig vorkommen und glauben, diesen Weg gehen zu müssen oder zu diesem gedrängt werden. Ich würde es als Unmenschlichkeit gegenüber dieser älteren Generation empfinden, wenn die Gesellschaft statt

**incite**  
DIE UBIT.AKADEMIE

# **AKADEMIE DER BILDENDEN KURSE.**

**UNSERE MBA-PROGRAMME**  
IT Consultancy oder  
Management Consultancy

know how. get incite.  
Alle Informationen unter [www.incite.at/mba](http://www.incite.at/mba)

**aim**  
austrian  
institute of  
management  
FH Burgenland

**WKOL**  
WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH  
Unternehmensberatung · Buchhaltung · IT

medizinisch und menschlich alles für ihr Wohlergehen zu tun, die für mich zynisch klingende Antwort der Beihilfe zur Selbsttötung anbietet. Hier müssten auch die – politisch so einflussreichen – Seniorenverbände klar Stellung beziehen.

Wollen wir eine Gesellschaft, die so mit dem Ende des Lebens umgeht? Für mich stellt

sich die Frage, wer in dieser Diskussion die Würde des Menschen vertritt oder „beinhaltet der Begriff der Menschenwürde nicht gerade, dass das Leben selbst dem menschlichen Zugriff entzogen und unverfügbar ist“ (Prof. Mathias Beck). Ich hoffe, dass der bisherige gute österreichische Weg durch den Verfassungsgerichtshof nicht zerstört wird.

## SUIZIDPRÄVENTION

**Telefonseelsorge Tel:** 142,  
Gesprächsmöglichkeit rund um die Uhr, gebührenfrei  
**telefonseelsorge.at | bittelebe.at**  
Website besonders für Kinder und Jugendliche



**Mag. Alfred Trendl (NbW)**

ist Steuerberater in Wien und leitet den katholischen Familienverband.

## „SIE WÜNSCHEN, WIR TÖTEN“

*Schöne Zustand': Religion ist abgeschafft, Kreuze sind verboten, das Wort „Gott“ aus der Sprache getilgt. Ehe, Familie und dauerhafte Bindungen sind untersagt, Kurzbeziehungen und Promiskuität encouragiert. Sexualität dient nur dem Vergnügen und nicht der Fortpflanzung. Letztere ist an künstliche Reproduktionstechnologien ausgelagert. Durch biomedizinische Eingriffe an den Embryonen kommen nur Kinder mit gewünschten Eigenschaften zur Welt. Das Altern wird medikamentös und kosmetisch unsichtbar und unsichtbar gemacht. Und wenn es wirklich nicht mehr geht und die Menschen hinfällig werden, haben sie abseits der Öffentlichkeit friedlich an einer Glücksdrogen-Überdosis zu entschlafen...*

*Ein Gutteil der Dystopie „Schöne neue Welt“ („Brave New World“) von Aldous Huxley aus 1932 scheint mittlerweile verwirklicht. Und nun, nach dem Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit der „geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“ fürchten viele, dass auch das letztgenannte Element bald Wirklichkeit werden könnte. Das Urteil beruft sich zwar auf das „Recht auf selbstbestimmtes Sterben und das Recht, hierbei auf die freiwillige Hilfe Dritter zurückzu-*

*greifen“. Aber ist der Sterbewunsch terminal Kranker in der Realität wirklich immer so freiwillig, wie es die Lektüre des Urteils und die Argumentation der Befürworter des Tötens auf Verlangen vermuten lassen?*

*Neben der Angst vor dem Nicht-mehr-Sein und der Angst vor einem schmerzhaften und entwürdigenden Abgang darf die Angst der Todkranken vor dem Alleingelassenwerden und die Angst, ihren Familien (finanziell, zeitlich, psychisch) zur Last zu fallen, nicht übersehen werden. Wer stellt sicher, dass geäußerte Sterbewünsche in solchen Situationen wirklich echt sind, und nicht etwa nur Ausdruck einer Sehnsucht, den Angehörigen keine Last mehr zu sein, oder nicht so einsam zu sein? Wer stellt sicher, dass nicht etwa Familienmitglieder die unheilbar Kranken*



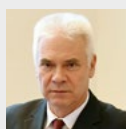
© Fokussiert – stock.atlobe.com

*(beabsichtigt oder unbeabsichtigt) dazu drängen, dass diese einen Wunsch auf Sterben äußern? Kann da nicht künftig eine political correctness entstehen, wonach man gefälligst nach seinem sozusagen gesellschaftlich verträglichen Tod verlangen sollte? Sie wünschen, wir töten?*

*Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem, pikanterweise am Aschermittwoch ergangenen Urteil die Assistenz zum Suizid übrigens nicht nur von Todkranken zugelassen, sondern von allen, deren Leben ihrem „Verständnis von Lebensqualität und Sinnhaftigkeit“ nicht mehr entspricht. Schöne neue Welt.*



**Dr. Günter Virt (Walth)** ist Priester und war Ordinarius für Moraltheologie in Wien und Salzburg, sowie Mitglied der EU-Ethikkommission. Er ist u.a. Autor des Buches „Leben bis zum Ende“ (Tyrolia 1998) und der Europaratsempfehlung zum „Schutz der Würde der Todkranken und Sterbenden“.



Academia-Herausgeber **Dr. Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)** ist der österreichische Botschafter beim Europarat in Straßburg.

# DR. KREISKY ROTIERT IM GRABE

Die Rache der Journalisten an den Politikern ist bekanntlich das Archiv. Aber auch die Geschichte hat eine Rache an den Politikern parat: die Nachfolger.

ALEXANDER PURGER



Was Bruno Kreisky, der die SPÖ vor 50 Jahren so glorreich ins Kanzleramt führte, wohl zu Pamela Rendi-Wagner sagen würde? Zu ihrer patscherten Mitgliederbefragung? Zum Zustand der Partei? Zum kopflosen Agieren der Parteizentrale? Zu den geradezu hasserfüllten Flügelkämpfen? Die naheliegende Antwort, dass sich Kreisky wohl im Grabe umdrehen würde, lässt vor dem inneren Auge das Bild eines Hochgeschwindigkeitsrotors

entstehen. So viele Anlässe zum Umdrehen gäbe es...

Alles das, was man der ÖVP in den für sie so finsternen 90er Jahren prophezeit hatte, widerfährt nun der SPÖ: permanente Obmandebatten, drohende Parteispaltung, inhaltliche Zerwürfnisse, Rufe nach Neugründung der Partei, Absinken in die politische Bedeutungslosigkeit. Und alles das genau ein halbes Jahrhundert nach dem

größten Erfolg der Parteigeschichte. Was ist da nur in der Zwischenzeit passiert?

## MEDIEN UND PROMIS SIND WEITERGEZOGEN

Was vor allem auffällt, ist das komplette Verschwinden der fünften Kolonne. Bruno Kreisky sonnte sich in der ungeteilten Zuneigung von Künstlern, Journalisten und Intellektuellen. Jahrzehntlang orchestrierten sie hingebungsvoll jede Facette der

SPÖ-Politik und gaben der Sozialdemokratie jede nur erdenkliche Rückendeckung. Damit ist es vorbei. Der Wächterrat der politischen Korrektheit hat sich längst umorientiert. Kein Journalist, Schauspieler oder Promi-Winzer, der auf die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erpicht ist, käme heute auf die Idee, sich mit der krisengeschüttelten SPÖ zu solidarisieren. Heute ist es schick, sich für die Grünen und für Greta auf die Schienen zu





Anfangs Gegner, später Duo der Macht: Kreisky und ÖGB-Präsident Anton Benya, hier bei einer Pressekonferenz.

werfen. Beziehungsweise in die Schlagzeilen.

## KARRIERE & FORTSCHRITT GIBT ES ANDERSWO

In unmittelbarem Zusammenhang mit dem soeben Festgestellten steht das Nachwuchsproblem, das Kreiskys Partei heute hat. In den 70er Jahren war es für junge, aufstrebende Menschen mit Karrierezielen selbstverständlich, zur SPÖ zu gehen. Ein roter Lehrgewerkschafter bezeichnete das Lösen eines SPÖ-Parteibuchs damals geradezu als Intelligenztest für junge Lehrer: Wer damals nicht zur SPÖ ging, dem mangelte es schlicht an der nötigen sozialen Kompetenz, um auf Kinder losgelassen zu werden. In Wien ist das vielleicht bis heute so, doch österreichweit gesehen haben sich die Verhältnisse längst geändert. Junge Leute, die etwas (und sich selbst nach oben) bewegen wollen, gehen heute zur ÖVP oder zu den Grünen.

Augenfällig ist das vor allem bei den Medien. Journalisten, die der SPÖ die längste Zeit treu die Stange hielten, sind zu den Grünen umgeschwenkt. Von den einst Getreuesten wird die Partei heute am schlechtesten behandelt, denn Enttäuschte üben die schärfste Kritik. Bruno Kreisky würde diesen Verlust der medialen Rückendeckung schmerzlich empfinden. Er, der Journalistenkanzler, verdankte seine enormen Erfolge nicht zuletzt dem Umstand, dass er als erster die überragende politische Bedeutung der Medien erkannte. Während andere das Fernsehen noch als „Manderlradio“ abtaten, investierte er ungemein viel Zeit in die Kontaktpflege mit Journalisten. In Ehren ergraute Kollegen bekommen noch heute feuchte Augen, wenn sie sich daran erinnern, dass Kreisky nach Pressekonferenzen nicht zu den Kapazundern in der ersten Reihe, sondern zu ihnen, zu den

damals ganz jungen Journalisten ging und mit ihnen das Gespräch suchte. So entstanden teilweise jahrzehntelangen Verbundenheiten, mit denen die SPÖ heute nicht mehr berechnen kann. Ihre Erben, was die mediale Gunst betrifft, sind die Grünen.

## DAS GESPÜR VERLOREN

Das Stichwort Grüne leitet zu den inhaltlichen Problemen der heutigen SPÖ über. Karl Blecha, enger Vertrauter und Wahlkampfstrategie Kreiskys, wurde in einem Interview einmal mit der These konfrontiert, dass das Jahr 1986 – der Beginn des Aufstiegs Jörg Haiders – der Anfang vom Abstieg der SPÖ gewesen sei. „1986? Wieso 1986?“, fragte Blecha verständnislos. Der entscheidende Einschnitt sei doch 1984 passiert. Was er damit meinte, war klarerweise Hainburg: In der Auseinandersetzung mit der damals jungen Grünbewegung um den Bau des

Kraftwerks in den Donauauen habe die SPÖ das Vertrauen der Arbeiter verloren. Sie seien ab diesem Zeitpunkt nicht mehr davon überzeugt gewesen, dass die SPÖ bedingungslos ihre Anliegen vertrete. Der Einbruch der FPÖ in die Wählergruppe der Arbeiter sei dann nur die Folge gewesen. So weit Karl Blecha.

Die Arbeit des gelernten Meinungsforschers war übrigens eines der Geheimnisse von Kreiskys Aufstieg. Heute zählen regelmäßige Meinungsumfragen zum Standardrepertoire aller Parteien, damals waren sie neu und sicherten der SPÖ einen Vorsprung, der ihre Politik in Einklang mit dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung brachte. Diesen Einklang hat die Partei längst verloren. Ihre programmatische Ausrichtung näherte sich immer mehr an jene der Grünen an, was die Wählerverluste in diese Richtung aber nicht stoppen konnte. Nun rinnt die SPÖ nach beiden



Die Botschaft der SPÖ kam beim Wahlvolk immer weniger an, je unkonkreter sie wurde. Und der Bauhelm, jahrzehntelang Paradesymbol für das sozialistische Verständnis von Arbeit, wurde spätestens ab Hainburg für viele Bürger zum No-Go. Er verstärkte das Betonier-Image von SPÖ und ÖGB.

Seiten aus – nach links und nach rechts. Eine existenzbedrohende Situation, die geradewegs in die erbitterten Flügelkämpfe der vergangenen Monate und Jahre führte. Soll die Partei nach rechts gehen, um die Verluste an die FPÖ zu stoppen? Soll sie nach links gehen, um nicht noch mehr Wähler an die Grünen zu verlieren? Soll sie rechts und links zugleich sein, wie es die Burgenländer vorexerzieren?

### KEINE EINHEIT, KEINE LINIE

„Ich bin der Meinung ...“ – Diesen berühmten Satz-Anfang Kreiskys könnte die SPÖ heute nicht mehr verwenden. Denn sie hat nicht eine Meinung, sie hat immer mindestens zwei. Mit ihrer Links-Rechts-Debatte hat sie sich schwindlig geredet. Sie weiß nicht mehr, wo ihr der Kopf steht. Die einzige Möglichkeit, die unterschiedlichen Meinungen etwa in der Migrationsfrage vor der Öffentlichkeit zu verbergen, ist Schweigen. Das tut die SPÖ derzeit ausführ-



Bundeskanzler Bruno Kreisky (1970 – 1983)

lich. Oft wochenlang ist von der Parteichefin kein Mucks zu vernehmen. Im letzten Wahlkampf wurden zentrale Themen wie die erwähnte Migrationsfrage einfach ausgeklammert. Aber wer keine Antworten auf die wichtigsten Fragen der Wähler weiß, kann keine Wahlen gewinnen. Er bewahrt nur die Einheit einer immer kleiner werdenden Partei.

Außer Schweigen hätte die SPÖ noch einen zweiten kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den sich die unterschiedlichen Parteiflügel problemlos einigen könnten. Er führt auf Kreisky zurück und lautet: Umverteilung und Ausbau des Sozialstaats. Doch leider ist dieser Weg, den der Sonnenkönig so souverän ging, heute versperrt. Denn als Kreisky 1970 antrat,

fand er dank der vorherigen harten Budgetsanierung von Josef Klaus (Rd) und Stephan Koren (Le) prall gefüllte Staatskassen und vergleichsweise niedrige Steuersätze vor. Wählerumgarnung mittels Ausgabensteigerung war somit kein Problem.

1970 gab es in Österreich noch Budgetüberschüsse, bis 1975 (für Kreisky ein glorreiches Wahljahr) kletterte das Defizit auf 4,5 Prozent des BIP. In seinem Buch „Die Kreisky-Jahre“ schrieb der spätere Bundespräsident Heinz Fischer, die Finanzschulden des Jahres 1988 stammten zu sechs Prozent aus der Zeit vor 1970, zu 48 Prozent aus den Kreisky-Jahren 1970 bis 1983 und zu 46 Prozent aus den Jahren 1984 bis 1988. Die SPÖ-Kanzler, die nach Kreisky kamen, setzten seine Ausgabenpolitik also in vergrößertem Maße fort.

### GELDAUSSCHÜTTUNGEN HELFE NICHT MEHR

Mittlerweile ist diese Politik an ihre natürlichen Grenzen gestoßen: Mehr Steuern und







Betriebsbesuch bei Philips

mehr Schulden gehen einfach nicht mehr. Neue Sozialleistungen kann man also nur noch dann einführen, wenn man keine finanzielle Verantwortung dafür zu übernehmen braucht. Deswegen ist das freie Spiel der Kräfte in Vorwahlzeiten so beliebt. Die diesbezüglichen parlamentarischen Aktivitäten der SPÖ vor den letzten Wahlgängen (Abschaffung des Pflegegresses 2017, Wiedereinführung der Hacklerpension 2019) wurden vom Wähler allerdings nicht honoriert. Offenbar hat die Partei mit diesen Maßnahmen nicht mehr den Nerv der Zeit getroffen.

Es sieht so aus, als hätte die SPÖ ihr zu Kreiskys Zeiten beträchtliches Gespür für die Wünsche der Wähler verloren. Einst, als man das noch nicht für Populismus hielt, wusste die Partei genau, was sie zu tun hatte, um

die Mehrheit zufrieden zu stellen. Warum weiß sie es heute nicht mehr? Eine mögliche Antwort war unlängst einer Leserschrift an die Salzburger Nachrichten zu entnehmen. Der Leser – der SPÖ offensichtlich grundsätzlich wohlwollend, aber aktuell enttäuscht gegenüber stehend – empfahl, doch die Parteikassiere wieder einzuführen. SPÖ-Funktionäre, die monatlich bei jedem Parteimitglied anläuten, um die Mitgliedsbeiträge zu kassieren, bekämen automatisch mit, wo die Basis wirklich der Schuh drückt.

So gesehen wäre die SPÖ ein Modernisierungsverlierer, ein Opfer des Abbuchungsauftrages. Aber es ist schon was dran an der Überlegung. Der typische SPÖ-Spitzenpolitiker bewegt sich in Wien heute in einem grün-liberalen Bobo-Umfeld und schickt

seine Kinder in katholische Privatschulen. Woher soll er wissen, was die Hackler wollen? Woher soll er wissen, dass Binnen-I und Multi-Kulti nicht das Ziel aller Wünsche sind? Die Gewerkschafter wissen es, aber ein Gewerkschaftsflügel macht noch keine mehrheitsfähige Partei.

Was Umfeld und Wohnort betrifft, könnte man einwenden, dass auch Kreisky nicht in einer Bassena-Wohnung hauste. Das stimmt. Er residierte in einer Grinzinger Villa. Was Kreisky aber eindeutig von seinen heutigen Epigonen unterschied, war die Weite seines Denkens und seine taktische Ellbogenfreiheit. Der erste und größte SPÖ-Kanzler der Zweiten Republik hatte nicht das geringste Problem damit, mit der FPÖ politische Geschäfte zu machen und Koalitionen einzugehen. Er tat es am Beginn seiner Kanzlerschaft, also die Freiheitlichen um den Preis einer für sie vermutlich lebensrettenden Wahlrechtsreform bereit war, die SPÖ-Minderheitsregierung Kreiskys zu unterstützen. Und er tat es am Ende seiner Kanzlerschaft, als er seinem Nachfolger Fred Sinowatz eine fix und fertige rot-blaue Koalition hinterließ. Erst dessen Nachfolger Franz Vranitzky kam auf die Königs Idee, Koalitionen mit

der FPÖ für unmoralisch zu erklären. Er sicherte der SPÖ damit für weitere 13 Jahre den Kanzlersessel und die Dienste der ÖVP als Juniorpartner.

Erst mit der Wende 1999/2000, als die ÖVP dieses Joch abschüttelte, wandelte sich Vranitzkys Königs Idee für die SPÖ zur Belastung. Bis dahin war die ÖVP ihr mangels zweiter Koalitionsoption ausgeliefert gewesen, nun war es umgekehrt. Während die ÖVP fortan immer zwei (später sogar drei) Optionen hatte, konnte und kann die SPÖ ohne die ÖVP nicht mehr regieren. In eine derartige taktische Sackgasse hätte sich ein Bruno Kreisky nie begeben. Das ist vielleicht der größte Unterschied von allen.

## EIN NATURGESETZ DER POLITIK

Und das Fazit? Die Entwicklung der SPÖ in den vergangenen 50 Jahren zeigt, dass Oswald Spengler wohl doch recht hatte: Große Reiche – und Bruno Kreiskys politisches Reich war wirklich groß – haben immer ein Ablaufdatum. Ihr Untergang ist nur eine Frage der Zeit. Es gibt in der Demokratie keine endgültigen Siege. Aber (dies als kleinen Trost zum Schluss) auch keine endgültigen Niederlagen.



**Alexander Purger (Lp)**

ist Redakteur im Ressort Innenpolitik der „Salzburger Nachrichten“ und stellvertretender Leiter der Wiener Redaktion.

# DER ERSTE MODERNE KAM FÜR ÖSTERREICH ZU FRÜH

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begann eine Periode weitreichender politischer und gesellschaftlicher Veränderungen in Österreich – markiert durch zwei Nationalratswahlen, die zu Symbolen eines politischen Wechsels wurden, geprägt von Josef Klaus, dem ersten Reformkanzler der Republik.

HEINRICH NEISSER



**A**m 6. März 1966 gewann die ÖVP bei den Nationalratswahlen die absolute Mehrheit. Ziemlich genau vier Jahre später, am 1. März 1970, verlor sie diese Mehrheit an die SPÖ, die unter ihrem Parteiführer Kreisky eine relative Mehrheit gewann. Die Periode der ÖVP-Alleinregierung ist untrennbar mit dem Namen Josef Klaus (Rd) verbunden. Er hatte die Wahl zum Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei am Klagenfurter Parteitag im September 1963 gegen den Gegenkandidaten Heinrich Drimmel (NdW) für sich entschieden, zwei außergewöhnliche intellektuelle Persönlichkeiten der Österreichischen Volkspartei, die beide in einer glaubhaften Weise den Gedanken einer Christlichsozialen Partei repräsentierten. Sie vertraten Inhalte einer Politik, die weit über das hinaus gingen, was in der heutigen Zeit infolge

einer Oberflächlichkeit und einem dauerhaften Hang zur Inszenierung kaum mehr Beachtung finden würde.

## DER BUNDESKANZLER ALS PRÄGENDE GESTALT

Josef Klaus prägte als Bundeskanzler das Bild der ÖVP-Alleinregierung. Er verstand sich als Reformler, der sowohl Änderungen des Stils, mit denen politische Entscheidungen getroffen wurden, als auch eine inhaltliche Neugestaltung der Politikbereiche anstrebte. Seine Bemühungen um „Sachlichkeit in der Politik“ wollten eine neue Beziehung zwischen Politik und Wissenschaft herbeiführen. Auf diesem Grundsatz beruhte die „Aktion 20“, die den Politikern ein Bild von der Zukunft geben und die Sensibilität und Verantwortung von Entscheidungen erhöhen sollte. Im Rahmen dieser Aktion wurden zahlreiche um-





Das umstrittenste Plakat des Wahlkampfes 1970: Klaus als „echter“ Österreicher war eine Anspielung auf die jüdische Herkunft Kreiskys. Der „anerkannte Fachmann“ Koren sollte die vielen „Experten“ konterkarieren, die Kreisky um sich versammelt hatte.

fassende sachpolitische Konzepte erarbeitet (etwa zum Thema der Demokratiereform, der militärischen Landesverteidigung und der Gesundheitspolitik). In der ÖVP fand Klaus allerdings wenig Verständnis für diese Vorgangsweise. Der Partei fehlten weitgehend eine intellektuelle Sensibilität und auch eine Bereitschaft, neue Wege in der Politik zu gehen. Die Aktion 20 fand daher bald ein Ende. Klaus selbst war von einer Wissbegierigkeit, die ich im Laufe meines Lebens bisher an keinem anderen österreichischen Politiker feststellen konnte. Er war permanent ein Lernender, er beschäftigte sich mit den neuen Entwicklungen im Bereich der

Computerwissenschaft, hatte auch ständige Kontakte mit Wissenschafterkreisen, um sich zu informieren und – das ist weitgehend unbekannt – hatte auch eine sehr gute Beziehung zum „Club of Rome“, mit dessen Gründer Aurelio Peccei er in enger Verbindung stand. Er war ein Vertreter – wie der österreichische Historiker Ernst Hanisch feststellte – eines aufgeklärten Konservatismus: „Redlich, korrekt und ein wenig steif.“ Es war allerdings auch Ernst Hanisch, der mehrfach darauf hingewiesen hat, dass das Zeitalter zu einem modernen Österreich, zu einem Wandel einer Gesellschaft und einer Politik, die den neuen Anforderungen gerecht wird,

bereits unter der Ära des Josef Klaus begann und dann später unter Bruno Kreisky eine Fortsetzung fand. Josef Klaus schätzte die Herausforderung des Neuen. In den internen Arbeitspapieren, die seine Mitarbeiter vorbereitet haben, kam nicht selten der Satz vor „Res severa verum gaudium“.

## PR-DESASTER TRÜBEN LEISTUNGSBILANZ

Die Leistungsbilanz der ÖVP-Alleinregierung war zumindest in der ersten Hälfte ihrer Regierungsperiode bemerkenswert. Es gab allerdings Fehlentscheidungen, die sich auf die allgemeine politische Stimmung auswirkten und auch von der Opposition konsequent thematisiert und ausgenutzt wurden, etwa die Einführung einer Sondersteuer für neu zugelassene PKW und eine Weinsondersteuer. In beiden Maßnahmen war die PR-Arbeit völlig unzureichend, sodass sich die Regierung in einer permanenten defensiven Position befand. Manche Entscheidungen konnten infolge einer bornierten Haltung der Teilnehmer nicht getroffen werden. Bestes Beispiel: Eine Ministerratssitzung, wo es

um die Neuordnung der Gewerbeordnung ging, dauerte mehr als zwölf Stunden und brachte kein Ergebnis, weil sich der Wirtschaftsminister und der Landwirtschaftsminister, beide ÖVP, nicht einigen konnten über das Verhältnis zwischen Gewerbe und dem Buschenschank. Dieses Gesetz wurde von der ÖVP nicht mehr beschlossen, sechs Jahre später hat der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Staribacher eine solche Beschlussfassung in der Regierung ohne Mühen herbeiführen können.

Das Jahr 1968 brachte Veränderungen, die meiner Meinung nach schon eine gewisse Signalwirkung für das Jahr 1970 hatten. 1968 erfolgte eine Regierungsumbildung. Anstelle von Lujo Tončić-Sorinj, der als Außenminister wenig Profil zeigte, obwohl er vorher als Obmann des außenpolitischen Ausschusses im Nationalrat durchaus Prestige hatte, kam Kurt Waldheim (COT; WI erst nach seiner Amtszeit) ersetzt, der schon damals Ambitionen für das Amt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen erkennen ließ. Auf den glücklosen Finanzminister Wolfgang Schmitz (Nc), er hatte eine Steuerreform wieder rückgängig machen müssen, folgte nunmehr Stefan Koren (Le), der sich als Staatssekretär im Bundes-



Groß war die Liebe nicht. Wahlplakate aus dem Jahrzehnt nach dem Staatsvertrag.

kanzleramt bereits mit dem sogenannten Koren-Plan profiliert hatte, einem Konzept für eine neue Strukturpolitik in Österreich. Eine wesentliche politische Änderung bedeutete, dass Hermann Withalm (Nc), der bereits als Generalsekretär der Partei und als Klubobmann eine Schlüsselrolle innehatte, nun auch als Vizekanzler in die Bundesregierung berufen wurde. Er wurde dadurch in eine Diskussion mit einbezogen, die Josef Klaus selbst nicht verhindert hatte: Es war von einer „Hofübergabe“ die Rede. Ein Thema, das sich für ausgiebige journalistische Mutmaßungen eignete.

## WAHLKAMPF MIT TAKTISCHEN SCHWÄCHEN

Das Wahlergebnis vom 1. März 1970 hatte mehrere Ursachen, die allerdings nicht klar zu quantifizieren sind. In der zweiten Hälfte der ÖVP-Alleinregierung war viel von dem Schwung verloren gegangen, mit dem sie gestartet war. Die Partei zeigte immer mehr, dass bündische und föderalistische Interessen klaren Entscheidungen entgegenstanden. Manche sahen in der klaren Absage an die FPÖ, die Josef Klaus im Jänner 1970 ausdrückte, einen Fehler. Der Wahlkampf hatte zweifellos Auswirkungen, die der ÖVP nicht zugutekamen. Das sozialistische Plädoyer für eine Reform des Bundesheeres unter dem Slogan einer Verkürzung der Wehrdienstzeit „6 Monate sind genug“ hatte

zweifellos auf das Wähler-votum Auswirkungen. Dass hinter dieser Parole kein konkretes Konzept für eine Reform des Heeres stand, konnte damals von der ÖVP nicht vermittelt werden.

Die öffentliche Diskussion über die österreichische Entwicklung nach dem Jahr 1970 wurde von der Vorstellung dominiert, dass die SPÖ erstmals die entscheidenden Phasen der Modernisierung unseres Landes herbeigeführt hat. Im zeitgeschichtlichen Rückblick ist dies heute in einer objektiven Weise zu korrigieren. Die Ära Josef Klaus spielte auf dem Weg zum modernen Österreich eine ganz zentrale Rolle gespielt hat. Es war, wie Ernst Hanisch schrieb, „eine Reformperiode wie selten in der österreichischen Geschichte“. Auch wenn die Wähler am 1. März 1970 mit ihrer Entscheidung die Bedeutung der ÖVP-Alleinregierung nicht honorierten, darf nicht vergessen werden, dass die Epoche der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970 eine besondere Bedeutung deshalb hatte, da sie gleichsam ein Vorreiter für künftige Alleinregierungen war. Sie hat unter Beweis gestellt, dass Österreich auch ohne einen Partner demokratisch und verantwortungsvoll regiert werden kann. Josef Klaus



*Klaus mit dem Bundeskanzler der BRD, Ludwig Erhard.*

hat der österreichischen Reformpolitik neue Dimensionen gegeben. Er war, wie er selbst beschreibt, ein konservativer Reformler „zwischen Sachlichkeit und Messianismus“. Auch sein Ausscheiden aus der Politik – „mit Anstand und ohne Schmerz von der Macht Abschied zu nehmen“, wie er selbst in seinen Memoiren schreibt – war ein gutes Beispiel für eine Politik, die auf ethnischen Grundsätzen basiert.

## GROSSER FÖRDERER POLITISCHER TALENTE

Mit seinem Ausscheiden aus der Politik begann für die Österreichische Volkspartei eine lange Periode der parlamentarischen Opposition, in der sie sich neue Kraft für eine Regierungsübernahme erhoffte. Der Prozess dauerte lange und es galt für die ÖVP sich programmatisch und geistig neu zu orientieren.

Das Salzburger Programm des Jahres 1972 war ein Vorbild eines modernen konservativen Programms.

Klaus selbst hatte vielen Menschen die Tore zur Politik eröffnet. Mit Grete Rehor wurde eine Frau erstmals mit der Führung des Sozialministeriums betraut. Junge politisch interessierte Menschen erfuhren von ihm eine Förderung. Auch der Verfasser dieses Beitrages ist ihm zu tiefer Dankbarkeit verpflichtet. Klaus hat durch sein Beispiel gezeigt, was Politik sein sollte, auch was Politik sein muss, und hat Generationen geprägt. Dass aus seiner Schule Leute wie Alois Mock (Nc), Thomas Klestil (Baj), Michael Graff (AW) und andere hervorgegangen sind, ist kein Zufall, sondern ist das Ergebnis einer geistigen Solidarität, die uns in diesen Jahren alle verbunden hat.



*Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser (Rd)*

*war Berater von Bundeskanzler Klaus, von 1969 bis 1970 Staatssekretär und von 1987 bis 1989 Bundesminister für Föderalismus und Verwaltungsreform. Als Abgeordneter war er u.a. ÖVP-Klubobmann und Zweiter Präsident des Nationalrats.*



# DIE WENDE WAR VIER JAHRE FRÜHER

Hat erst mit dem Machtwechsel von Klaus zu Kreisky in Österreich die Moderne Einzug gehalten? Mitnichten. Die ersten Reformer kamen von anderswo.

WALTER SCHWIMMER



Die politische Entwicklung von der großen Koalition hin zur Alleinregierung einer Partei ab 1966, die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in den Sechzigerjahren, die 68er-Bewegung, die von der ÖVP-Regierung Klaus in Angriff genommenen Reformen... das alles war den Herausgebern des Standardwerks und Studienbuchs „Österreich im 20. Jahrhundert – Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart“ aus dem

renommierten Böhlau-Verlag kein eigenes Kapitel wert.

Aber selbst Oliver Rathkolb fand es in seinem Buchbeitrag über die Kreisky-Ära „bemerkenswert“, dass ein gesellschaftspolitischer Nachholbedarf bereits vor der 68er-Bewegung ansatzweise spürbar war und dass in Österreich vor allem die Österreichische Volkspartei unter Josef Klaus (Rd) diese Strömung für sich nutzen konnte. Das ist in der Tat be-

merkenswert, als viele junge Menschen sich von einer reformorientierten ÖVP angesprochen fühlten und in ihr in verschiedener Weise mitarbeiteten. Ihr Ziel war die Innovation, das Überwinden – nicht Zerstören – veralteter Strukturen.

## ÖVP GEPRÄGT VON REFORMKRÄFTEN

Da gab es zum Beispiel den von Karl Kummer (Aa) und August Maria Knoll (NbW)

gegründeten Verein für Sozialpolitik und Sozialreform (später Karl Kummer-Institut), der zu einem Think Tank der Christlich-Sozialen in der ÖVP wurde und speziell dem ÖAAB und den christlichen Gewerkschaftern viele Reformanstöße lieferte.

Klaus war auch an einer Erneuerung und Verjüngung der Partei interessiert, wobei er von seinem Generalsekretär Hermann Withalm (Nc) tatkräftig unterstützt wur-

de. Gegründet für die Wahlwerbung, um möglichst viele Wählerinnen und Wähler anzusprechen, wurde die „O 66“ – O für Orientierung – auch zu einem Nachwuchs-pool für die Parteiorganisation, vor allem auf Orts- und Gemeindeebene. Es waren zehntausende junge Österreicherinnen und Österreicher, die mit Begeisterung wegen der Aussicht auf Reformen im Wahlkampf aktiv wurden. Junge engagierte Mitarbeiter wurden auch nicht als mögliche Konkurrenz, sondern als willkommene Verstärkung angesehen. Eine Generation lang kamen neue Funktionäre vor allem aus dem Kreis der O 66, darunter auch der Autor dieses Beitrags.

## ÖSTERREICH HÄLT MACHTWECHSEL AUS

Aus vielen Gründen, wie der offensichtlichen Ermüdung der großen Koalition, vor allem aber der Glaubwürdigkeit der Reformversprechungen von Klaus und der Volkspartei ging diese aus

der Nationalratswahl vom 6. März 1966 als Siegerin mit einer absoluten Mehrheit von 85 Nationalratsmandaten hervor (der Nationalrat bestand damals aus 165 Abgeordneten und wurde vor der Wahl 1971 auf 183 vergrößert).

Das Kriegsende lag nun 21 Jahre zurück. Staatsvertrag und Neutralität wirkten identitätsstiftend für die österreichische Nation, die Österreicherinnen und Österreicher hatten sich einen bescheidenen Wohlstand erarbeitet. Seit den teils bewaffneten Konfrontationen des bürgerlichen und des sozialistischen Lager war mehr als eine Generation herangewachsen, aber sie waren nicht vergessen (dem ÖVP-Flugzettel verteilenden, 1942 geborenen Autor dieses Beitrags wurde mehrmals von älteren Passanten der Vorwurf an den Kopf geworfen: „Von euch nehm' ich nichts, ihr habt's 34 auf uns g'schossen!“).

Nach gescheiterten Verhandlungen der beiden Großpar-



ÖVP-Politiker Hermann Withalm (Nc) und Josef Klaus (Rd) mit Pressesprecher Karl Pisa.

teien über eine Fortsetzung der Koalition wurde am 19. April 1966 die erste demokratische Alleinregierung einer Partei, der Österreichischen Volkspartei, angelobt. Damit endete nicht nur die österreichische Nachkriegszeit, sondern es fand auch ein politischer Paradigmenwechsel statt. An die Stelle einer erzwungenen Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners in einer scheinbar alternativlosen, immer mehr unbeweglichen großen Koalition der beiden „staatstragenden“ Parteien trat die Regierung einer reformhungrigen Partei, ausgestattet mit einer parlamentarischen Mehrheit, der eine starke Opposition gegenüberstand. Letztlich fand sich die SPÖ mit der Oppositionsrolle ab. Interessanterweise war es Bruno Kreisky, der am längsten in der SPÖ für eine Fortführung der großen Koalition eintrat, weil er ein Wiederaufleben der Grabenkämpfe der 1. Republik fürchtete.

Es gab es wohl kaum eine Periode, in der ein so wesent-

licher Beitrag zum „Durchbruch zur Moderne“ (Alois Mock) geleistet wurde wie in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, der Ära von Josef Klaus. In der Zeit der Regierung Klaus II gab es ein reales Wirtschaftswachstum von 18,4 %, eine Stärkung der Währung, eine generelle Arbeitszeitverkürzung, es wurden 154.000 Wohnungen gebaut und als Zeichen des neuen Wohlstands eine halbe Million Autos neu angemeldet. Noch wichtiger war die demokratische Erneuerung mit Reformen, wie etwa die Rundfunkreform auf der Basis eines Volksbegehrens. Arbeitsmarktförderung und Forschungsförderung zählte ebenso wie die Familienpolitik zu den Prioritäten der ÖVP-Alleinregierung.

## KREISKYS LEUTE WAREN TAKTISCH KLÜGER

Bundeskanzler Klaus hatte bei seinen Reformen stets das große Ganze und den „Vorteil für Österreich“ im Auge und nicht den wahl-taktischen Vorteil für seine



ÖVP-Politiker Josef Klaus (Rd) und Hermann Withalm (Nc)





Die Positivkampagnen erzielten nicht den gewünschten Effekt.

Partei, ganz im Gegensatz zu seinem sozialistischen Nachfolger Bruno Kreisky. Die Einführung der vom Autokäufer mit Erlagschein zu zahlenden Autosteuer und der Alkoholsteuer wäre Bruno Kreisky nicht passiert, der ohne Rücksicht auf das Bundesheer den Etikettenschwindel „6 Monate sind genug“ propagierte.

Bei der Nationalratswahl am 1. März 1970 zählten nicht die geglückten Reformen, sondern die erwähnten neuen Steuern und die „Wahlzuckerln“ Kreiskys. Dank

eines Tabu-Bruchs, der vereinbarten Duldung einer SPÖ-Minderheitsregierung durch die FPÖ unter dem Ex-SS-Mann Friedrich Peter konnte Kreisky eine Serie

von SPÖ-Alleinregierungen beginnen.

Das war zwar ein Machtwechsel, aber nicht die Wende. Diese hatte vier Jahre früher stattgefunden.



**Dr. Walter Schwimmer (TRW, RSA)**

hatte seit 1963 verschiedene Funktionen im ÖAAB inne, war von 1971 bis 1999 Abgeordneter zum Nationalrat und u.a. stv. ÖVP-Klubobmann, ab 1991 auch Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Von 1999 bis 2004 war er Generalsekretär des Europarats.



**Niederösterreich  
öffnet Türen.  
ecoplus.at**



Die Wirtschaftsagentur  
des Landes Niederösterreich

Seit über 50 Jahren beraten und begleiten wir bei Betriebsansiedlungen und -erweiterungen, regionalen Förderungen und Internationalisierung, überbetrieblichen Kooperationen und Branchen-Netzwerken, Forschung und Entwicklung. Wir verbinden Wirtschaft und Politik, Unternehmen und Verwaltung, Investoren und Initiatoren regionaler und internationaler Projekte.



# DAS ÖSTERREICHISCHE „HELDENZEITALTER“

Vor genau 50 Jahren endete das Vierteljahrhundert der ÖVP-Bundeskanzler, die allesamt CVer waren. An ihre Stelle traten dafür drei Jahrzehnte SPÖ-Regierungschefs.

GERHARD HARTMANN



Gruppenfoto der österreichischen Bundesregierung - Kabinett Raab II (29. Juni 1956 bis 16. Juli 1959)

(v.l.n.r. sitzend) Oskar Helmer, Adolf Schärff, Julius Raab (Nc), Leopold Figl (Nc), Franz Thoma

(v.l.n.r. stehend) Karl Stephani, Franz Grubhofer, Ferdinand Graf (Trn), Otto Tschadek, Franz Gschnitzer, Eduard Weikhart, Karl Waldbrunner, Udo Illig, Bruno Kreisky, Reinhard Kamitz, Fritz Bock (NdW), Anton Proksch, Heinrich Drimmel (NdW)

**D**as eigentliche entscheidende Datum für den Beginn der österreichischen Nachkriegsgeschichte war der 6. April 1945. Sowjetische Truppen hatten bereits den Stadtrand von Wien erreicht, da wurde eine Reihe von Insassen des Landesgerichts Wien, darunter der spätere Bundeskanzler Leopold Figl (Nc) und der spätere Unter-

richtsminister Felix Hurdes (NbW), von den Nazis entlassen. Ihnen blieb der Todesmarsch nach Stein/Krems erspart. Von dem rund sieben Jahre und einen Monat dauernden „Tausendjährigen Reich“ in Österreich war Figl insgesamt fünf Jahre und acht Monate in Haft (Anteil 80 Prozent!). Dass er dann später, etwa bei den Staats-

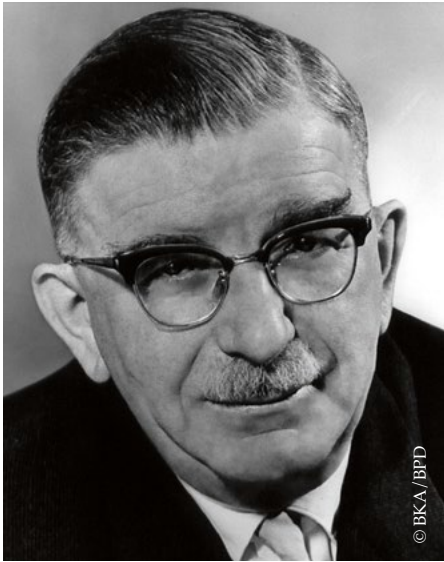
vertragsverhandlungen, primär die Opferrolle und weniger die Täterrolle Österreichs im Blick hatte, darf wohl nicht verwundern.

## PARTEIGRÜNDUNG NOCH VOR KRIEGSENDE

Figl, Hurdes und andere begannen, als um Wien noch gekämpft wurde, die Gesprä-

che zur Gründung einer Partei in Nachfolge der Christlichsozialen. Und so wurde am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift die ÖVP gegründet. Ihr erster Obmann war Figl und ihr erster Generalsekretär Hurdes. Nachdem sich auch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei als SPÖ wiedergegründet hatte, kam es am 27. April zur





Bundeskanzler der Republik Österreich v. l. n. r.: Leopold Figl (Nc) 1945 – 1953, Julius Raab (Nc) 1953 – 1961, Alfons Gorbach (CI) 1961 – 1964

Unabhängigkeitserklärung Österreichs. Als am 8. Mai die bedingungslose Kapitulation in Kraft trat war man bereits mit dem Wiederaufbau Österreichs beschäftigt. Mit dabei waren zahlreiche CVer, die im März 1938 von den Nazis von ihren Schreibstischen vertrieben und auch verfolgt wurden. Sie kehrten an ihre Arbeitsplätze zurück, wie in vielen, diesbezüglich oft gleichlautenden Biographien von CVERN aber auch anderen aufrechten Österreichern zu lesen ist.

### CHRISTDEMOKRATEN REGIEREN EUROPA

Am 25. November 1945 fanden die ersten Nationalratswahlen statt, die sog. „Kathreinswahlen“ (Gedenktag der hl. Katharina). Zu Überraschung vieler erhielt die ÖVP die absolute Mehrheit, was auch ein politisches Zeichen angesichts des bereits sich absenkenden „eisernen Vorhangs“ und der beginnenden kommunistischen Macht-

übernahme in Ostmitteleuropa war. Die christlich-demokratischen Parteien waren die ersten Volksparteien in der europäischen Parlamentsgeschichte, denen es als soziale Integrationsparteien gelungen war, die gesellschaftliche Mitte zu sammeln. Sie haben ihren politischen Zenit nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die sechziger Jahre hinein erreicht, waren überall die Aufbauparteien der europäischen Trümmergesellschaft und die großen Gegner des expandierenden Kommunismus. Ihre katholischen Partei- und Regierungsführer waren u.a. der Deutsche Konrad Adenauer (KV Arminia Bonn), der Franzose Robert Schuman (UV Salia Bonn) und der Italiener Alcide De Gasperi. Er war ein ehemaliger österreichischer Reichsratsabgeordneter, der während seines Studiums in Wien zur Untermiete bei Franz Hemala (Nc), dem Schwiegervater von Leopold Figl, gewohnt hat. Zu diesen Parteführern der damaligen Zeit

gehörten in Österreich neben Figl auch dessen Nachfolger Julius Raab (Nc). Sie alle haben sich an ihren christlichen bzw. katholischen Überzeugungen orientiert und die Grundlagen für die heutige Friedensordnung und die Integration Europas gelegt.

### ÖSTERREICH WIRD ZUR NATION

In Österreich begann Ende 1945 die Epoche von fast 25 Jahren ÖVP- (beziehungsweise CV-)Bundeskanzler. Unter Figl war es notwendig, für Österreich Aufbauarbeit zu leisten und die Trümmer des Kriegs zu beseitigen. Auch ging es nach 1945 um eine Abgrenzung zu und Emanzipation von Deutschland sowie die Entwicklung einer austrospezifischen Staatsidee. Dabei wurde fortsetzend an die Österreich-Ideologie des „Ständestaates“ angeknüpft. In diesem Zusammenhang sei nur das 1948 erschiene „Österreich-Buch“ von

Ernst Marboe (Baj) erwähnt, das kostenlos an Schulen verteilt wurde und diese Staatsidee zu vermitteln versuchte. Marboe war auch Drehbuchautor des 1952 uraufgeführten legendären Films „1. April 2000“, der ebenfalls in diese Richtung ging.

Das schlechte Abschneiden der ÖVP bei den Nationalratswahlen 1953 war dann die unmittelbare Ursache für die Ablöse Figls als Bundeskanzler durch Raab. Dieser war rückblickend wohl die stärkste Führungspersönlichkeit, die die ÖVP je hervorgebracht hat. Er konnte 1955 für Österreich den Staatsvertrag erreichen, weil er die Chancen erkannte, die der Paradigmenwechsel in der internationalen Politik geboten hatte (Tod Josef Stalins, Gründungen der NATO und des Warschauer Paktes). Mit dem „Raab-Kamitz-Kurs“ wurde dann das bundesdeutsche Wirtschaftswunder auch auf Österreich ausgedehnt. Bei Raab wa-



Bundeskanzler Raab (Nc) unterzeichnet das Moskauer Memorandum (April 1955). Direkt hinter ihm Vizekanzler Adolf Schärf (SP), flankiert von Außenminister Leopold Figl (Nc) und seinem sowjetischen Amtskollegen Wjatscheslaw M. Molotow.

ren die verlorene Präsidentschaftswahl 1957 sowie zusätzlich sein in diesem Jahr erlittener Schlaganfall der Beginn seines Abstiegs. Dadurch konnte die ÖVP 1959 wie bereits 1953 nur knapp die relative Mehrheit im Nationalrat behaupten.

Kennzeichnend für diese Ära der späten vierziger, der fünfziger und frühen sechziger Jahre – der „langen fünfziger Jahre“ – war, dass deren Exponenten, vor allem Figl und Raab, ihre Verbundenheit mit dem CV bewahrten und pflegten. Zahlreich sind die Schilderungen, wie diese beiden (aber auch andere Politiker aus dem CV) oft und gerne zu Verbindungsveranstaltungen selbst unter schwierigsten Terminnöten gekommen sind. Das förderte natürlich einerseits ein Zusammengehörigkeitsgefühl im CV ungemain, andererseits auch die Bereitschaft, sich ebenfalls aktiv politisch zu betätigen.

## VORMARSCH DER REFORMER IN ZWEI ETAPPEN

Mit der Wahlniederlage des Jahres 1959 schlug die Stun-

de der Reformer. So wurden 1960 Alfons Gorbach (Cl) zum Parteiobmann und Hermann Withalm (Nc) zum Generalsekretär der ÖVP gewählt. Dieses Duo versuchte, der ÖVP eine offene und moderne Richtung zu geben, was innerhalb des ÖCV nicht immer ohne Widerspruch blieb. Zwar gingen die Nationalratswahlen 1962 besser aus, doch verlor Gorbach Anfang 1963 die Regierungsverhandlungen, so dass er innerparteilich schwer angeschlagen war. Nun traten die eigentlichen Reformer auf den Plan und fanden in dem früheren Finanzminister und Landeshauptmann von Salzburg Josef Klaus (Rd) die geeignete Person.

Viele der Reformansätze des Puristen Klaus kamen aber zu früh und wurden schließlich vom Wähler nicht honoriert. Durch verschiedene innerparteiliche Konflikte, durch den Korruptionsskandal um Viktor Müllner (ehemals Dan EM) und den sog. „Bauskandal“ sowie Probleme in der Regierung verspielte die ÖVP bald das Vertrauen in der Bevölkerung, wie die Landtagswahlen ab

Oktober 1967 (Oberösterreich) zeigten. Die danach an der Jahreswende 1967/68 geführten Diskussionen um eine „Hofübergabe“ an Withalm waren ebenso kontraproduktiv.

Auch war das Krisenmanagement im Zusammenhang mit der Besetzung der Tschechoslowakei im August 1968 nicht optimal. Die Wahl Bruno Kreiskys zum SPÖ-Parteivorsitzenden 1967, die allgemeinen gesellschaftspolitischen Umwälzungen in Mitteleuropa (Stichwort 68), aber auch die Ablöse des deutschen CDU-Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger durch eine sozialliberale Regierung unter Willy Brandt im Herbst 1969 waren gewissermaßen auch Wegbereiter zum Verlust der Macht an die SPÖ im Jahr 1970. Es war nun niemand mehr im CV da, zu dem man „Du, Herr Bundeskanzler“ sagen konnte. Und das sollte bis heute so bleiben. Bruno Kreisky verstand es, durch ei-

nen linkspopulistischen Kurs (u. a. „sechs Monate sind genug“, Heirats- und Geburtsprämie) bei drei Wahlen (1971, 1975 und 1979) die absolute Mehrheit zu erreichen. Dem hatte die ÖVP vorerst nichts entgegenzusetzen.

## DIE HELDEN DES WIEDERAUFBAUES

Die ersten 25 Jahre der Zweiten Republik wurden auf Bundes- wie Länderebene zweifellos von der ÖVP und deren Spitzenfunktionären geprägt. Angehörige des ÖCV standen dabei an vorderster Stelle, als es galt, ein freies und politisch wie wirtschaftlich stabiles Österreich aufzubauen, von dem wir heute noch zehren. Deutlicher wurde der Historiker Ernst Bruckmüller (Nc) in einer Festschrift zum Gedenken an den 100. Geburtstag Leopold Figls (2002): „Mit Figl ging, wenn man so will, das Heldenzeitalter der Zweiten Republik zu Ende.“



Univ.-Doz. Dr. Gerhard Hartmann (Baj et mult.)  
ist studierter Theologe und ÖCV-Historiker.  
Er lebt und arbeitet in Nordrhein-Westfalen.



# GEGEN BIG BROTHER UND DIE CYBERBLASE

Zwei Jahre nach endgültiger Einführung der DSGVO sorgen erstmals deftige Strafen für Gesprächsstoff – und Angst bei manchem Standesführer. Doch hinter den Kulissen diskutieren Insider längst eine große Reform der Datenschutzverordnung. Warum die dringend notwendig ist, erklärt Datenschutz-Experte Mag. Georg Markus Kainz (F-B) Im ACADEMIA-Interview.

WILHELM ORTMAYR

*Noch gibt es zur DSGVO kaum Höchstgerichtsurteile, die Orientierung bieten und schon hört man allerorten den Ruf nach einer umfassenden Reform. War die Verordnung etwa Pfusch?*

Nein. Das große Problem bei der DSGVO war: Man hat vier Jahre verhandelt, danach gab es eine Übergangsfrist von zwei Jahren, das heißt, die Idee ist in Wirklichkeit sieben bis acht Jahre alt. Und sie denkt, wie wir Menschen es eben tun, zeitlich, örtlich und körperlich. Soll heißen: Die DSGVO stammt aus Vor-Cloud-Zeiten.

Als ich zu studieren begonnen habe, programmierten wir noch mit Lochkarten. Das war etwas Haptisches und wir wussten: Das ist ein Datensatz. Heute in der Cloud sind die Daten irgendwo und keiner weiß, was damit passiert. Das Schlimme daran sind nicht die Daten



mit eindeutigem Privatsphärencharakter, sondern ganz primitive nackte Daten, wo viel später irgendjemand auf die Idee kommt, die für irgendetwas zu nutzen. Mastercard beispielsweise ist auf die Idee gekommen, aus Kreditkartenkäufen das Gewicht der Benützer herauszurechnen. Der Fachbegriff dafür heißt Profiling.

*Das klingt jetzt nach Big Brother...*

Irgendjemand kommt auf die Idee, sich etwa Karriereverläufe anzusehen von Menschen, die eine gewisse Studienrichtung gewählt haben. Und weil auch du diese Studienrichtung gewählt hast, wird dir beispielsweise unterstellt, dass du früh

Burnout bekommst oder öfter krank bist als andere. Es werden also große Datenmengen gesammelt und nach gewissen Kriterien Aussagen herausgelesen, die dann auch auf dich umgelegt werden können. Bei Bewerbungsverfahren oder dem Abschluss einer Zusatzversicherung kann das sehr relevant werden.

Auf diese Problematik kann die DSGVO in ihrer derzeitigen Form noch nicht eingehen, weil sie früher entstanden ist. Das Problem ist, dass wir in dieser globalen Welt mit nationalen Gesetzgebungen agieren. Daher greift die DSGVO immer dann, wenn es um personenbezogene Daten geht, also um Daten die dir persönlich zugeordnet werden können. Es gibt aber viele Daten die zunächst gar nicht persönlich zuordenbar sind. Daher muss es die DSGVO jedem einzelnen ermöglichen zu sagen: Ich möchte wissen, warum eine Entscheidung getroffen worden ist, beispielsweise bei einer Bewerbung, wenn man eine Ablehnung bekommt. Man muss das Recht haben zu erfahren, welche Kriterien herangezogen worden sind.

*Profiling begegnet mir als User weit direkter beim täglichen Surfen durchs Netz-Stichwort Blase. Wie könnte man die zum Platzen bringen?*

Das gezielte Streuen von Werbung und Informationen ist ein Fluch. Wer im Internet unterwegs ist, und zum Beispiel Google nützt, findet mittlerweile eine total gefilterte und eingeengte Welt vor. Wenn ich durch die Mariahilferstraße gehe, sehe ich jedes Kaffeehaus und jede Pizzeria, auch wenn sie klein und unscheinbar ist. Natürlich sehe ich den Anbieter mit der großen, auffälligen Leuchtreklame besser, aber grundsätzlich sichtbar ist alles. In der digitalen Welt ist nur der sichtbar, den Goo-



*Mag. Georg Markus Kainz (F-B)*

gle sichtbar machen möchte, weil er zahlt.

*Also braucht es ein Recht auf den filterfreien Blick?*

Ja, denn die digitale Welt ist leider keine Welt der großen Auswahl und des breiten Horizonts sondern genau das Gegenteil. Während wir in Zeitungen und dem linearen Fernsehen nach wie vor eine relativ große Auswahl an Themen und Informationen serviert bekommen, bietet die digitale Welt nur noch Selektives – also das, was die Internetgiganten für uns bereithalten, was Freunde uns schicken oder empfehlen, oder was aufgrund unseres Konsumverhaltens relevant erscheint. Facebook hat Studien gemacht, in Italien und Irland, wo getestet wurde, inwieweit es möglich ist, das Wahlverhalten oder die Bereitschaft an Volksabstimmungen teilzunehmen durch gezielte Nachrichtestreueung im Netz zu erhöhen oder zu senken. Meist gibt es drei Gruppen: Die von einem Anliegen völlig überzeugt sind, die komplett da-

gegen sind und in der Mitte eine Gruppe, deren Meinung schwankt. Ziel ist es nun, genau jene dritte Gruppe zu überzeugen und eine der ersten beiden Gruppen von der Teilnahme an der Wahl oder Abstimmung abzuhalten, indem man entsprechend gefilterte Informationen streut. So funktioniert Demokratie 4.0.

*Problematisch finde ich, dass ich nicht erfahre, was mein Freund oder Nachbar in der Blase zugespielt bekommt. Am Stammtisch im Wirtshaus hingegen höre ich, wer wie argumentiert und kann fragen woher jemand seine Informationen hat. Kann man das rüberholen ins Netz?*

Nicht ganz. Aber der User sollte mittels eines Buttons entscheiden können, dass er seine Inhalte ungefiltert sehen will, etwa Suchergebnisse auf Google. Facebook oder wer auch immer sollte sich erklären müssen und ich möchte das Recht haben zu sagen: „Nein, ich will nicht in der Bubble sein.“ Im Übrigen verstehe ich nicht, warum die alten Medien sich nicht auf

die Beine stellen und ständig gebetsmühlenartig wiederholen, dass genau da ihr Wert liegt.

*Zwei Jahre nach Ende der Übergangsfristen, also dem vollen Inkrafttreten der DSGVO hat man den Eindruck, die Schonfrist ist vorbei. In Deutschland hagelt es erstmals saftige Strafen. Wird das auch in Österreich demnächst so sein?*

Es ist fast bei jedem Gesetz so, dass man zuerst auf Bewusstseinsbildung setzt und die Einhaltung der Spielregeln einfordert. Irgendwann muss man sich darüber klar sein, dass die Strafen künftig höher sein werden. Wir dürfen nicht vergessen: Die DSGVO hatte zwei Jahre Übergangsfrist davor ist lang verhandelt worden und davor gab es das Datenschutzgesetz. Wer also jetzt sagt, er konnte sich noch nicht auf die gegebene Situation einstellen, hat Datenschutz die letzten 20 Jahre verschlafen.

Die DSGVO kennt beispielsweise das Prinzip „Privacy by Design“. Produzenten müssen bei jedem Produkt im Vorhinein überlegen, ob es gesetzeskonform ist, schon bei der Entwicklung, nicht erst drei oder vier Jahre später, nach endlosen Prozessen. Ein ganz typisches Beispiel ist diese Lehrerbewertungssoftware, die momentan Schlagzeilen macht. Da programmiert jemand ganz einfach etwas und es ist ihm völlig egal, ob er damit Menschen schädigt oder nicht – einfach weil er



viel Geld damit verdienen kann. Dass die DSGVO das verbietet, war lange vorher bekannt.

*Wenn ein Internetdienstleister am Telefon Fehler bei der doppelten Verifizierung des anrufenden Kunden macht, muten Strafen von fast zehn Millionen Euro schon etwas heftig an, auch wenn es um sensible Daten geht.*

Die DSGVO spricht von Strafen in der Höhe von 20 Millionen Euro oder vier Prozent des Weltjahresumsatzes – je nachdem was höher ist – als Maximalstrafe. Denn Strafen müssen auch weh tun. Natürlich ist eine Bank, die die Datensicherheit ihrer Kunden nicht gewährleistet, anders zu bewerten ist der Blog eines Vereins. Im Fall von Firmen sind vier Prozent ohnehin noch ein sehr geringer Satz, zumindest nach dem Rechtsverständnis der USA. Dort sind weit höhere Strafen längst üblich. Eine Strafdrohung muss auch weh tun und sie muss durchsetzbar sein, sonst nehmen die großen Player im Geschäft das gar nicht ernst.

*Die Einführungsphase der DSGVO lief eher holprig – niemand wusste genau, was der Gesetzgeber eigentlich will. Was ist da schiefgegangen?*

Bei der Einführung ist leider sehr viel Klamauk gemacht worden – auch in der Berichterstattung – was angeblich alles darunterfallen würde. Das hat dem Grund-

gedanken der Verordnung sehr geschadet. In der ersten Phase der Umsetzung haben Firmen dann die DSGVO genutzt, um Rationalisierungen durchzuführen. Ein Beispiel: Die Wiener Gemeindebauten haben erklärt, sie dürften an den Klingelbrettern keine Namensschilder mehr montieren. Das ist war natürlich absoluter Blödsinn, denn das ist ja keine Datenspeicherung und hat daher mit der DSGVO nichts zu tun. Tatsächlich werden jährlich 20 bis 25 Prozent der Wohnungen neu bezogen und der Aufwand, die Namensschilder laufend zu ändern, ist kein geringer. Eine pure Ausrede also. Genauso wie im Behördenbereich und in der Politik, wo die DSGVO gerne als Ausrede benutzt wird, um über etwas nicht Rechenschaft abgeben zu müssen.

*Wer darf also Daten speichern und warum? Lässt sich das verständlich erklären?*

Es gibt drei Gründe, warum jemand meine Daten verarbeiten darf:

Erstens, weil ich als Person zugestimmt habe. Dann darf etwa eine Firma meine Daten in dem Umfang speichern

und verwenden, indem ich es ihr erlaubt habe.

Zweitens, wenn es für die Vertragserfüllung notwendig. Das gilt für eine Zeitung, die ich abonniert habe, für meinen Stromlieferanten oder einen Verein, bei dem ich Mitglied bin. Die alle brauchen meine Daten zur Erfüllung ihrer Aufgabe – sie dürfen aber, Stichwort Verein, deswegen noch lange keine Fotos von mir auf ihrer Homepage veröffentlichen. Drittens, wenn jemand gesetzlich dazu verpflichtet ist. Die Krankenkasse etwa muss Daten von mir speichern, oder der Staat selbst.

*Klingt einfach und logisch. Warum also die große Aufregung rund um die DSGVO?*

Weil es darum geht, was im Hintergrund mit den Daten passiert. Wenn jemand meine Daten hat, darf er mir gerne Werbebotschaften transportieren, die er für wertvoll hält, aber er darf meine Daten nicht hergeben – etwa an Firmen. Und er muss alles tun, damit die gespeicherten Daten nicht auslesbar sind, etwa von Google Analytics. Deswegen halte ich auch Gruppen auf Face-

book, in denen 2000 ÖCVer Mitglied sind, eben weil sie ÖCVer sind, für hochproblematisch. Das sind auslesbare Daten. Aber das muss jeder selbst entscheiden – ob er sich bei Facebook registriert und ob er Mitglied bei solchen Gruppen ist. Da geht es um Informationen, die man nie mehr wegbekommt.

*So wie Michael Häupl seine frühere Mitgliedschaft bei einer schlagenden Verbindung nicht mehr wegbekommt. Wäre er jetzt durch die DSGVO besser geschützt?*

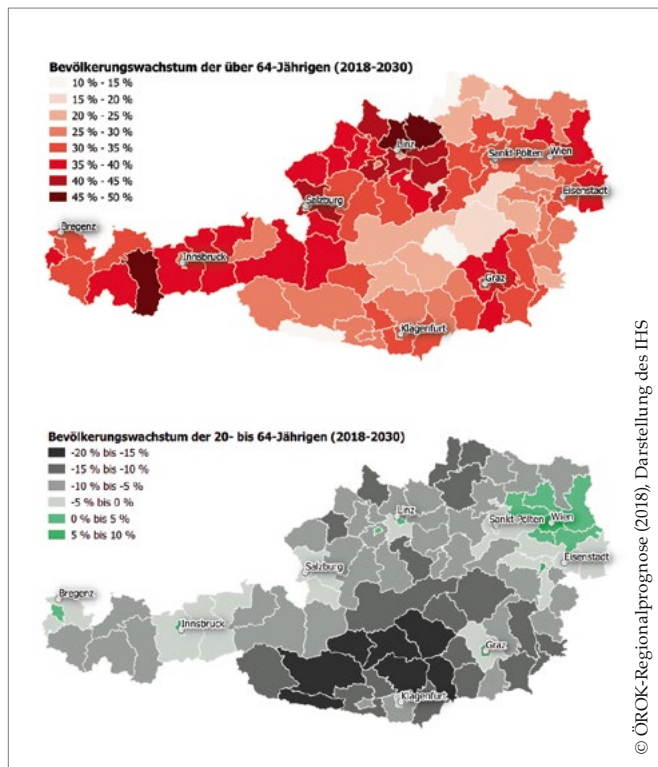
Löschen muss man alle Daten, die nicht mehr „notwendig“ sind. Ein gutes Beispiel sind die Daten ausgetretener Mitglieder eines Vereines. Selbstverständlich muss der Verein sein Archiv nicht komplett löschen, beziehungsweise seine Geschichte umschreiben, um dieses Mitglied zu „tilgen“, aber einen gezielten Zugriff auf personenbezogene Daten (etwa durch andere Mitglieder) darf es nicht mehr geben. Diese Daten (etwa Telefonnummern oder Mailsadressen) müssten also so umfangreich wie möglich gelöscht werden.



# THE DOCTOR WILL SEE YOU NOW

TELEMEDIZIN IN ÖSTERREICH

FLORIAN STUMMER



Österreich ist im Wandel. Die Anzahl der 20- bis 64-Jährigen wird bis 2030 nachhaltig schrumpfen, während die Anzahl der über 64-Jährigen um etwa ein Drittel steigen wird.

Die Herausforderungen für das Gesundheitssystem unserer Republik werden enorm. Einen Vorgeschmack erhalten wir bereits jetzt durch Schlagwörter wie: „Ärztmangel“, „Pflegenot-

## STICHWORT TELEMEDIZIN

In Österreich werden bereits jetzt die ersten Weichen für die Telemedizin gestellt. Zu nennen ist die Gesundheitsnummer „1450“. Gerade bei der Eindämmung potenzieller Epidemien (wie im Fall des Coronavirus), ist sie ein unschätzbare Instrument. Oder Video-Konsultationen, wie die Kooperation zwischen Ordensklinikum Linz Elisabethinen, LKH Kirchdorf und der OÖ Gesundheitsholding zeigt. Wer im LKH Kirchdorf eine dermatologische Untersuchung hat, wird über einen Bildschirm mit einem Spezialisten in Linz kommunizieren. Dasselbe bietet auch die deutschsprachige eeDoctors-App.

Ein anderes Beispiel ist das Projekt „HerzMobil“ in Tirol, bei dem Patienten mit Herzinsuffizienz Diagnosegeräte mit nach Hause bekommen und die Überwachung über die Uniklinik Innsbruck erfolgt. Die Vorteile für Patienten und Ärzte sind Ressourcenschonung, Zeitersparnis und ein personalisiertes Leistungsangebot. Die Zukunft der Telemedizin liegt im niedergelassenen Bereich und der Primärversorgung. Die Komplexität des Themas fordert uns jedoch ein waches Auge auf die weiteren Entwicklungen zu haben. Denn eines kann die Telemedizin nicht ersetzen: Den persönlichen Kontakt, eine fürsorgliche Hand und das Wissen um menschliche Zuwendung.

**Definitionen: Schlagwörter rund um die Telemedizin**

<b>Telemedicine</b>	Patientenzentrierte Services durch Telekommunikation
<b>Telehealth</b>	Gesundheitszentrierte Services durch Telekommunikation (inkl. Telemedizin, Patientenedukation etc.)
<b>eHealth (electronic health)</b>	Ein Überbegriff, der die Verbreitung von Gesundheitsinformationen durch Telekommunikation abdeckt (inkl. Telemedizin, Patientenedukation, Public Health und Gesundheitsforschung)
<b>mHealth (mobile health)</b>	Telehealth-Spielart; Gesundheitszentrierte Services, die mobile Internettechnologie (z. B. Gesundheits-Apps etc.) anbieten
<b>dHealth</b>	Die interdisziplinäre Verbindung von Gesundheit und Gesundheitsförderung von Systempartnern durch digitale Technologien

stand“ oder „explodierende Kosten“. Ironischerweise fallen als Antworten ebenfalls Schlagwörter wie: „population health management“, „community nurses“ und „Telemedizin“. Was ist damit gemeint? Während „population health management“ als „ganzheitliche Versorgungssteuerung im Gesundheitswesen“ (z.B. durch Gesundheitsregionen) definiert werden kann, ist die „community nurse“ das Konzept der „Dorfschwester“ in neuem Gewand.

Die Telemedizin hat seit ihrer Geburt viele Wandlungen erfahren. Die erste Telekonsultation wurde vor rund 140 Jahren durchgeführt und

1879 im Fachjournal „The Lancet“ publiziert. Der Verdacht auf einen nächtlichen Pseudokrapp-Anfall bei einem Baby, der sich als negativ erwies.

**ALLE ZEHN JAHRE NEU INTERPRETIERT**

Über die Jahre kamen immer wieder neue Begrifflichkeiten hinzu, teils aus Spezialisierungsgründen, teils als Marketing-Tricks. „Relabeling“ (Umetikettieren) ist auch am Gesundheitsmarkt eine gängige Methode, um sich vermeintlich Innovationsführerschaft zu sichern. So wurde aus der telemedicine der 1990er telehealth, in den 2000ern nannte man

es eHealth, in den 2010ern kam mHealth hinzu und das jüngste Etikett heißt dHealth (siehe Abbildung Definitionen).

All diese Begriffe können in synchroner (Echtzeit-Kommunikation z.B. die Gesundheitsberatung-Telefonnummer „1450“) oder asynchroner Variante (store-and-forward, z.B. eCard) vorkommen und fast scheint es so, als hätte jede Dekade versucht, die vorhergehende durch Eingliederung unter neue Kontrolle zu bringen. Bedenkt man, wie lange die Ausbildung von Spezialisten im Gesundheitssystem dauert, verwundert es nicht, dass durch diese ständigen

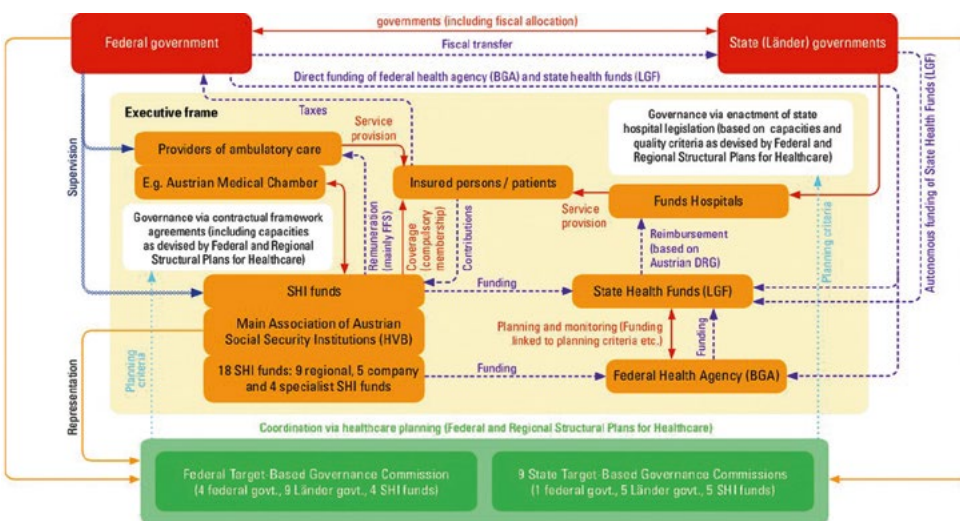
Neuinterpretationen ein up-to-date-Bleiben fast unmöglich wird. Fast wird mir flau im Magen, wenn ich an meine Forschungsfrage denke: „Which challenges does the emerging primary healthcare system in Austria face, when implementing teleconsultation?“ Alles wird größer, komplexer und undurchsichtiger.

Prof. Liezl van Dyk definierte vor sechs Jahren zehn Themenbereiche, die bei der Implementierung von Telemedizin bedacht werden müssen: (1) Technologie, (2) Change Management/Organizational Behavior/Learning, (3) Economics/Finances/Costs, (4) Policy/Government/Legislation, (5) Organizational & Service Design, (6) Community/Society, (7) Evidence, (8) Benefits and technology acceptance, (9) Access und (10) Quality. Wenn man nun weiß, dass es derzeit in den Implementierungswissenschaften 50 Rahmenbedingungen gibt, dann kommt einem der Gang des Kamels durch das Nadelöhr wie ein gemütlicher Bubenbummel vor.

Das österreichische Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Auch wenn wir uns manchmal über Per-

*Diese mehr als komplizierte Grafik verdeutlicht vor allem eines: Die Strukturen des heimischen Gesundheitsbetriebes sind so kompliziert, dass man an seiner Innovationsfähigkeit zweifeln muss.*

© Bachner F. et al., (2018). Health systems in transition 20(3):1-254





sonalknappheit oder Wartezeiten ärgern, kann man hierzulande gedankenverloren umkippen und sicher gehen, zeitnah in einem Krankenhaus versorgt zu werden. Eine hochkomplexe Struktur ermöglicht dies. Betrachtet man den Grundaufbau des Systems, nimmt es nicht Wunder, dass Erwin Schrödinger nur in Österreich seine Quantenmechanik entwickeln konnte. Hätte Schrödingers Katze ein Kätzchen bekommen, es hieße „Österreichisches Gesundheitssystem“. Die folgende Grafik verdeutlicht die unfassbar komplizierte Struktur, die nahezu undurchschaubar ist (was nicht daran liegt, dass sie auf Englisch verfasst ist).

Schlagwortprobleme können nicht mit Schlagwortlösungen beantwortet werden. Übereilte Implementierung endet unweigerlich im Chaos. Anders ausgedrückt: Rom wurde nicht an einem Tag erbaut, aber in einer Nacht niedergerannt.

## **RICHTIG EINGESETZT – VIELE VORTEILE**

Telemedizin ist ein Instrument. Genauso wie ein Skalpell, ein ausgeklügeltes Bettenmanagement-System oder ein Therapieplan. Instrumente sollen uns helfen, ein gewähltes Ziel möglichst effizient zu erreichen, das Ergebnis zu evaluieren und darauf aufbauend zu verbessern. Zu den immer wieder gerne aufgelisteten Vorteilen der Telemedizin zählen:

- Verbesserung der Versorgungsqualität
- Verminderung von Kosten
- Erweiterung der face-to-face Behandlung
- Verbesserung des Patienten-Engagements und der Zufriedenheit
- Zufriedenheit durch Vernetzung der gesundheits anbietenden Professionen
- Schaffung virtueller Primärversorgungszentren (digitale Vernetzung bestehender Ordinationen).

Die Anwendungsmöglichkeiten reichen von der bewährten Teleradiologie, über Teledermatologie, Telepsychiatrie, Telepathologie hin zu gesundheitspräventiven Patienten-Akademien oder tragbaren Gadgets, wie die Smart Watch von Apple.

Der Nutzen ist durch zahlreiche Studien bewiesen. So zeigt die Videokonsultation besonders in der Verhaltenstherapie erstaunliche Ergebnisse. Doch bei all diesen großartigen Möglichkeiten stehen wir vor einer Realitätsverzerrung. Man lügt sich in die Tasche beziehungsweise lässt sich in die Tasche lügen. Clevere Marketingstrategen telemedizinischer Start-Up-Unternehmen verpacken ihre Produkte in geniale Werbeanzeigen und Slogans, gelenkt von Entrepreneuren, die nicht zwingend eine medizinische Aus-

bildung, sondern einfach nur eine gute Idee hatten. Diese Messages werden dann im Internet gestreut. Interessierte und Patienten schließen aus diesen Werbungen: „Das ist ja genau, was ich brauche!“. Beim Gespräch mit dem Hausarzt bekommt die Erwartungshaltung einen Dämpfer: Nein, eine „Abnehm-App“ wird nicht von der Krankenkasse bezahlt, nein, sich über eine Website krankschreiben zu lassen, ist nicht gescheit, und nein, Sie können sich nicht sicher sein, dass die Uhr am Handgelenk wirklich eine Herzerkrankung erkennt.

## **ZWEI SYSTEME MIT UNTERSCHIEDLICHEM TEMPO**

Derart enttäuscht, wendet sich der Patient an die Politik. „Warum bekomme ich das nicht, wenn es mir doch helfen könnte?“ Die Politik bemüht sich redlich, die Wünsche der Bevölkerung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu bedienen, und wenn sie ins-

Wanken gerät, weiß der clevere Marketingstrategen: „Jetzt müssen wir noch mehr Öl ins Feuer gießen!“

In der kommenden Dekade werden zwei Systeme mit zwei unterschiedlichen Geschwindigkeiten auseinanderdriften. Die digitale Welt, die in Gigabit pro Sekunde arbeitet und die Realität, in der wir auf Wörter pro Minute angewiesen sind, um Informationen aufzunehmen und auszutauschen. Innerhalb dieser Grenzen werden wir eine auf Beweisen fußende strategische Planung, bedachte und sozial gerechte Implementierung und vor allem Geduld brauchen, wenn wir nicht zu den Instrumenten der Telemedizin werden wollen. Die Telemed Austria ([www.telemedaustria.at](http://www.telemedaustria.at)) versucht in diesem Zusammenhang Medizin und Start-Up-Unternehmen zu vernetzen, um in den Zeiten des digitalen Wandels eine gerechte Gesundheitsversorgung gewährleisten zu können.

## **EINLADUNG**

Am 28. Mai 2020 findet an der MedUni Innsbruck der 1. Telemedizin Kongress Österreichs statt. ÖCVer erhalten eine 40% Ermäßigung auf das Ticket und zahlen 90 Euro. Anmeldungen bitte an [info@telemedaustria.at](mailto:info@telemedaustria.at) mit dem Betreff „Telemed Kongress CV“ richten – [www.telemedaustria.at](http://www.telemedaustria.at).

Änderungen aufgrund der Corona-Epidemie vorbehalten.



**Florian Stummer MPH MBA (AIn)**

















ist Lektor für Telemedizin an der MedUni Innsbruck, Research Associate der Telemed Austria Association und schreibt an seinem PhD an der University of Edinburgh. 2020 erscheint das Kompodium „Implementierungsstrategien im Gesundheitswesen“.

HEALTH  
CENTER   
VIENNA AIRPORT



# ÄRZTEZENTRUM AM FLUGHAFEN WIEN

- + Termine binnen einer Woche
- + Unterstützung bei der Kostenrückerstattung
- + Öffnungszeiten: MO–FR 07:00–19:00 Uhr

 ALLGEMEIN- UND VISZERALCHIRURGIE	 GASTROENTEROLOGIE
 ALLGEMEINMEDIZIN	 HALS-, NASEN- & OHRENKRANKHEITEN
 AROMATHERAPIE	 HEILMASSAGE
 ANÄSTHESIE & SCHMERZTHERAPIE	 INNERE MEDIZIN & KARDIOLOGIE
 AUGENHEILKUNDE & OPTOMETRIE	 LABOR
 DIÄTOLOGIE	 ORTHOPÄDIE
 FLUGMEDIZIN	 PHYSIOTHERAPIE
 FRAUENHEILKUNDE & GEBURTSHILFE	 UNFALLCHIR. & SPORTTRAUMATOLOGIE

+43-1-7007-24900  
office@healthcenterairport.com  
www.healthcenterairport.com

GRATIS  
PARKEN!

# WARUM SIND ALLE UNZUFRIEDEN?

DIE BLASE DER SELBSTERNANNTEN ELITEN IST – ODER SCHEINT ZUMINDEST – AUFGESTOCHEN.

FRANZ MAYRHOFER

Die Formulierung mit Blase und Aufstechen aus dem medizinischen Bereich sagt einiges aus: dass nämlich Schäden an einer dem Gemeinwohl verpflichteten Gesellschaft – und das gilt zumindest für die industriellen europäischen Staaten – nur mehr auf chirurgischem Weg beizukommen ist.



Was Fred Luchsinger in der Neuen Zürcher Zeitung im Jahr 1980 schrieb, ist nun nicht nur Geschichte, sondern vierzig Jahre später so präsent, wie man es sich nicht wünschen möchte: „Das Bild vom Zustand der freien Welt ist im letzten Vierteljahrhundert noch nie so düster gewesen, wie es sich zur Zeit präsentiert. Die europäisch-amerikanische Solidarität, die Grundlage und Voraussetzung der gemeinsamen Sicherheit und politischen Handlungsfähigkeit, zeigt in kritischen Situa-

tionen tiefe Risse.“ Dieser Befund trifft aber nicht nur die weltpolitische Situation, man kann dies vielmehr unterbrechen auf die innereuropäische Lage, auf die Lage der Europäischen Union und selbst auf regionalpolitisches Geschehen.

Wenn man dazu die Staatsphilosophie bemühen will und das Bild von der Blase der Eliten dazu hereinnimmt, so ist zu konstatieren, dass „all das, was der menschlichen Gemeinschaft und ihren Gliedern ‚zum Wohl‘

gereicht, jene Werte, die vor allem ein staatliches Gemeinwesen für seine Glieder zu verwirklichen hat“, zur Zeit von Gruppierungen und Institutionen zum eigenen Vorteil missbraucht wird.

Das Thema Missbrauch steht zur Debatte, breit auf dem gesellschaftlichen Boden und Parkett, nicht nur auf dem Gebiet der sexuellen Belästigung oder des sexuellen Missbrauchs. Der Missbrauch bezieht sich auf das, was man als gesellschaftliches Gleichgewicht

bezeichnen kann. Ist diese Ausgewogenheit zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und ihren verschiedenen Interessen gegeben und vorhanden, kann man den Begriff der Zufriedenheit in die Diskussion bringen. Zufriedenheit freilich nicht in dem Sinn von häuslichem Frieden und dem kleinen Gartenglück vor dem Haus, sondern als In-Frieden-Leben; nicht nur als Schweigen der Waffen, als Abwesenheit von Krieg und Aggression, sondern in Übereinstimmung mit dem, was man sich



wünscht und was tatsächlich vorhanden ist. Dabei können Differenzen auftreten.

Die Philosophie kommt eindrücklich ins Spiel, der Zuruf von Karl Jaspers: „Die Philosophie soll nicht abdanken. Am wenigsten heute.“ wird dabei wieder aktuell und der österreichische Sozialethiker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Johannes Messner, läßt uns mit seiner Beschreibung des Gemeinwohls nicht im Stich. Es bestehe „in der aus der gesellschaftlichen Verbundenheit der Gesellschaftsglieder erwachsenden Hilfe für die eigenverantwortliche Erfüllung der ihnen in ihrer Natur vorgezeichneten persönlichen und gesellschaftlichen Lebensaufgaben“.

Und in diesem Bereich fehlt es heute gewaltig. Die Folge: Unzufriedenheit auf allen Linien.

## WARUM SIND ALLE UNZUFRIEDEN?

Die Unzufriedenheit hat politischen Niederschlag gefunden auf allen europäischen Linien in einem Rechtsdrift, vom einfachen Populismus bis hin zum terroristischen Neonazismus. Da es aber unmöglich ist, die Nicht-Neonazi aus dem unzufriedenen Wahlvolk herauszufiltern, muss man, auch wenn es vielen einzelnen gegenüber ungerecht erscheint, das Urteil über dieses Treiben sprechen. Denn es richtet sich gegen das Allgemeinwohl, z. B. durch Hetze gegen Flücht-



linge, durch bewußt einseitiges, egostisches Argumentieren, dem machtbewußte Politiker jeglicher Partei einiges abgewinnen können, da sich dies als Sorge um den Einzelnen und sein Wohlergehen darstellen läßt.

Diese argumentative Last ist nicht, wie manchesmal empfohlen, zu ignorieren, um nicht der rechten Sache durch weitere Publizität zu nützen. Vielmehr ist auf intensiven Umgang mit den Sorgen der Menschen zu achten – das heißt: mit konkreten Maßnahmen auf konkrete Nöte zu reagieren. Und das sofort. Die Politiker in Deutschlands Osten scheinen zu einem Teil verstanden zu haben, dass dies die Methode der Wahl ist. Denn letztlich geht es darum, den Gefahrenpegel dieser menschenverachtenden Flut zu senken, der auch den besten Staudamm zum Bersten bringen kann. Schwierig ist es bei diesem Unternehmen allerdings, die Gefährlichkeit der rechten Aktivitäten und Argumente den wohlmeinenden Politikern, die auch in ihren Parteien etwas zu sagen haben, so vor Augen zu stellen,

dass sie auch einsehen, dass es sich nicht um einen politischen Heuschnupfen, eine Bagatelle, eine Petitesse etwa einer jüdischen Gemeinde oder eines überdrehten Journalisten handelt, sondern um glimmende Scheiter, die mit etwas Benzin einen Flächenbrand unvorstellbaren Ausmasses verursachen können.

Wir hatten das schon alles. Und wenn es auch schon zum Überdross wiederholt wurde: Man muss den Anfängen wehren. Nur hatte damals, so wie heute, so mancher nicht geglaubt, dass „rechts“ mit Demokratieüberdross, Menschenverachtung, Mißachtung der Menschenrechte, Rassismus zu tun hat, auch wenn das Gegenteil behauptet wurde und wird. Deshalb kann nur eine gemeinsame Linie gegen den Neonationalismus und Neonationalsozialismus gegen eine Neuinfektion mit der braunern Pest entschieden Abhilfe schaffen, ehe es wieder zu spät ist.

Ein Remedium zu finden, ist schwierig. Dass man auf die Menschen hören muss, wenn sie ihre Sorgen und Ängste formulieren, ist ein erster Schritt. Die Eliten in den politischen Parteispitzen, um nochmals auf europäische Verhältnisse hinzuweisen, sprechen vom „Volk draußen“, um ihre Verantwortung für eine gefährliche Entwicklung von sich zu schieben.

Es geht aber um die gesicherte Existenz für die nachfolgenden Generationen. Und da ist das Klimaproblem nur eines von vielen.

Dass man sich in seinen materiellen Ansprüchen auch zurücknehmen kann und wohl auch muss, soll das notwendige Gleichgewicht für eine stabile Gesellschaft erhalten oder wiedergewonnen werden, ist ein Hinweis. Woran es prinzipiell wohl fehlt, ist, grob gesprochen, eine Erziehung, die zeigt, wie Anspruch und Erfüllung in der Waage zu halten sind. Und nicht in die Maßlosigkeit abgleiten läßt.

Die Zitate dieses Artikels sind nicht mehr ganz druckfrisch und deshalb umso interessanter. Sie stammen aus:  
Franz Mayrhofer,  
Warum sind alle unzufrieden? Massenmensch und Gleichgewicht  
Zürich, 1980



**Dr. Franz Mayrhofer (R-J)**

ist international ausgezeichneter Wissenschaftsjournalist und Buchautor. Er leitete jahrzehntlang das Wissenschaftsressort der Salzburger Nachrichten.

# 1300 JAHRE HL. OTTILIE

EINE (BIS ZU EINEM GEWISSEN GRAD) ÖSTERREICHISCHE HEILIGE

GERHARD JANDL

**V**iele, die beim Studieren oder Lesen ihre Augen strapazieren, eine Brille brauchen oder gar ernsthaftere Sehprobleme haben, rufen sie an: die Heilige Ottilie, deren Todestag sich heuer zum 1300. Mal jährt. Die im süddeutschen Sprachraum weithin Verehrte ist also auch eine typische Schutzpatronin der Studenten. In der Tablet- und Smartphone-Generation wird sich der Kreis derer, für die sie „zuständig“ ist, zweifelsohne drastisch erhöhen. Und sie stammt – wie jüngste Forschungen zeigen – von den Vorfahren der Habsburger ab, was sie bis zu einem gewissen Grad zu einer „österreichischen“ Heiligen macht.

Grausam soll er gewesen sein, ihr Vater Eticho (auch Attich oder Adalrich genannt), der vom Merowingerkönig Childerich II. eingesetzte Herzog des Elsass, grausam nicht nur auf dem Schlachtfeld, sondern auch privat. Denn als um 660

sein Erstgeborenes nicht als der erwünschte stramme Stammhalter zur Welt kam, sondern als Mädchen, und noch dazu blind, soll er aus Wut befohlen haben, es zu töten. Seine Gattin Bereswinde habe ihn aber überreden können, das Kind am Leben zu lassen und einem Kloster im fernen Burgund zu übergeben. Vielleicht war es aber auch bloß so, dass Herzog Eticho sich der behinderten Tochter schämte, sie fernab bei den Nonnen versteckte und verkünden ließ, sie wäre tot geboren worden. Man befand sich ja in einer Zeit, in der körperliche Handicaps als eine öffentlich sichtbare Strafe Gottes galten. Und der altertümliche Rechtsgrundsatz „Kraft und Recht“, wonach die Rechtsfähigkeit eines Menschen und damit sein Lebensrecht von der körperlichen Tüchtigkeit abhängig, war noch nicht lange überwunden. Der Legende



Kloster und Wallfahrtsort auf dem Ottilienberg im Elsass

nach wurde Ottilie (im Westen sagt man eher Odilie, die Franzosen sagen Odile) im Alter von zwölf Jahren von einem Wanderbischof getauft. Als dieser ihre blinden Augen mit heiligem Öl salbte, habe sie jäh das Augenlicht erhalten.

Sie konnte nun im burgundischen Kloster eine gute Ausbildung genießen, danach holte sie einer ihrer Brüder auf die elterliche Burg ins Elsass zurück, worüber sich Herzog Eticho aber so erzürnt habe, dass er seinen Sohn tötete – und Ottilie

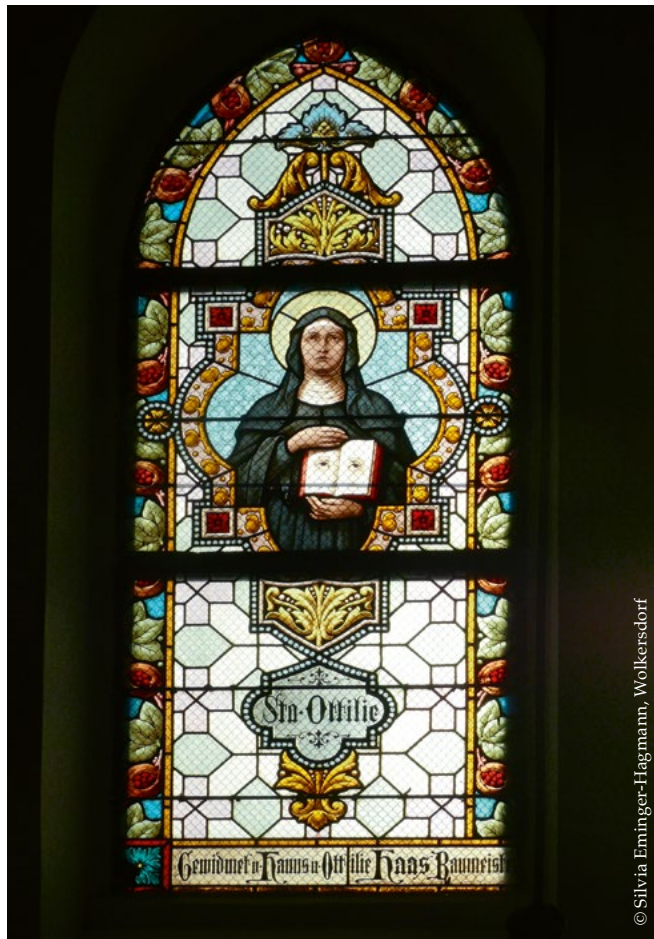
vor ihrem Vater flüchten musste, der ihr neuerlich nach dem Leben trachtete. Erst Jahre später habe sich Eticho mit seiner Tochter ausgesöhnt. Er hat ihr jedenfalls, und das ist historisch gesichert, seine Hohenburg auf dem heutigen Ottilienberg (Odilienberg) bei Straßburg übertragen, damit sie ihre Absicht einer Klostergründung verwirklichen konnte. Die Fürsorge an den Armen und Kranken machten Ottilie und ihre Nonnen so bekannt, dass sie einige Jahre später unterhalb der Hohenburg ein zweites Kloster, Nieder-

münster, stiftete. Ihr Einsatz für benachteiligte Gruppen, ihre Klostergründungen, die ihr zugeschriebenen Wunderheilungen, und nicht zuletzt ihre tragische Vaterbeziehung waren der Grund, dass sie schon bald nach ihrem Tod im Jahr 720 als Heilige verehrt wurde. Spätere päpstliche Bullen bestätigen die Kanonisierung.

Die Geschichte ihrer anfänglichen Blindheit ließ sie zur Schutzheiligen für Augenleidende werden. Der Quelle am Odilienberg, die durch ihre Hand entsprungen sei, wurden und werden bis heute entsprechende Heilkräfte zugeschrieben.

## UND WARUM JETZT HABSBURGISCH?

Die Abstammung der Habsburger von Herzog Eticho wurde schon von Kaiser Maximilian I. behauptet. Lange Zeit sah man darin bloß den dreisten Versuch, sich eine möglichste alte, illustre Ahnenliste mit Herzögen und einer Heiligen anzudichten. Heute geht die Wissenschaft indes davon aus, dass die Abstammungstheorie tatsächlich stimmt. Die Etichonen (wie das Geschlecht nach dem zornigen Eticho heißt) stiegen infolge der Zerschlagung des Herzogtums Elsass durch die Karolinger zu Grafen ab und spalteten sich in verschiedene Zweige auf, darunter jenen der Eberharden, Nachfahren der Etichonen über die weibliche Linie. Einer dieser Eberharden, Guntram, war Graf im Unterelsass und



© Silvia Eminger-Hagmann, Wolkersdorf

Hl. Ottilie, Lourdes-Kapelle in Wolkersdorf im Weinviertel

im Breisgau und wurde 952 wegen Treubruchs abgesetzt. Nach anderer Darstellung schasste ihn Kaiser Otto I. aus reinem Machtkalkül, um Guntrams strategisch gelegene Lehensgüter an sich zu ziehen. Jedenfalls ging Guntram danach auf seinen ansehnlichen Privatbesitz im schweizerischen Aargau ins Exil. Wie die Forschung als ziemlich gesichert annimmt, ist dieser Guntram niemand anderer als Guntram der Reiche, den die Chronik des Klosters Muri (geschrieben um 1160) als Stammvater der Habsburger nennt. Guntrams Enkel Radbot, Graf im Aargau, erbaute dort um 1020 die Habsburg (Habichtsburg),

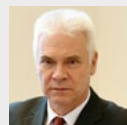
größtenteils finanziert von seinem Bruder Werner, Bischof zu Straßburg. Nach dieser Habsburg benannte das Adelsgeschlecht sich alsbald, das 1274 die österreichische Geschichte betreten sollte.

Und warum war lang nicht klar, dass die beiden Guntrame ein und dieselbe Person sind? Weil die genannte Muri-Chronik keinerlei Information zu Herkunft und Stand Guntrams des Reichen enthält. Gerade das eigenartige

Fehlen dieser normalerweise unentbehrlichen Angaben wird heute als Indiz für die Identität genommen: Verständlich, dass man zu einer Zeit, als die Habsburger bereits mächtige Herren im Land waren, nicht schreiben wollte, dass ihr Vorfahr seinerzeit als amtsenthobener und landesverwiesener Ex-Gräf zuag'roast war...

Kürzlich hat die Familie Habsburg-Lothringen der Übertragung einer Reliquie des nunmehr seligen letzten österreichischen Kaisers Karl (1916-18) auf den Odilienberg zugestimmt. Die Teilnahme von Karl Habsburg-Lothringen (Mx), Enkel von Kaiser Karl und Chef des Hauses, am feierlichen Umbettungsrequiem im Oktober 2018 war wohl als „dynastieoffizielle“ Bekräftigung der Abstammungstheorie der Habsburger von Eticho und der Heiligen Ottilie zu verstehen.

Die Klosteranlage am Odilienberg wurde in den Bauernkriegen des 16. Jahrhunderts und in der Französischen Revolution mehrmals verwüstet und wieder aufgebaut. Der Mont Sainte-Odile ist heute die wichtigste Wallfahrtsstätte des Elsass. Die Kirche des Klosters, in der sowohl die Heilige als nun auch die Karlsreliquie ruhen, hat Papst Benedikt XVI. (Rup, Ae) 2006 zur Basilika erhoben.



**Academia-Herausgeber Dr. Gerhard Jandl (Kb, Ae, RSA)**  
ist der österreichische Botschafter beim Europarat in Straßburg.



# OPER IN DER KRYPTA

„Io seguo il mio destino“, singt Butterfly über ihre Konversion, diesen Februar gleich an drei Abenden, in der Krypta der Wiener Peterskirche. Und auch Intendantin Dorothee Stanglmayr führte ihr Schicksal in die Kirche, oder besser gesagt unter diese. Ihr zur Seite steht Bassbariton Florian Pejrimovsky (NdW) als künstlerischer Leiter. Über große Musik in kleiner Besetzung und über hohes künstlerisches Niveau unter der Erde.

LUCAS SEMMELMEYER



Die Fledermaus (Magdalena Renwart/Rosalinde, Martin Hulan/Eisenstein)

Ist Wien nicht gar ein hartes Pflaster für ein neues Opernprojekt? Zudem ist das Wiener Publikum eine harte Nuss, hat seine Lieblinge („weltberühmt in Wien“) und gilt nicht gerade als experimentierfreudig. Grundsätz-

lich gibt es da viel Vorbildung. Die Leute kennen sich schon recht gut aus. Aber mit Neuem riskiert man hier einiges. Mit ganz Altem übrigens auch. Schwierig. Und was man hier nicht kennt, das kann doch wohl auch nicht

viel wert sein, oder? Tatsächlich sei ihr zu Beginn viel Skepsis entgegengeschlagen, meint Intendantin Stanglmayr. Sie erzählt von der Begegnung mit einer original Wiener Dame (jeder hat da sofort ein Bild im Kopf), die

hätte sich gerechtfertigt, dass sie nur ob sozialer Zwänge hier sei – und ob denn das was werden könne. Was soll das hier schon sein. Oper in der Krypta. Heute ist sie Obfrau des Fanclubs. Ein Herr meinte mit gehobener Braue

und knatschender Stimme: „Das ist heut meine vierzigste Butterfly...“ Beim Ausgang meinte er halblaut: „Aber die Schönste!“

Manche Werke bleiben immer, es kommt aber jede Saison auch Neues dazu. Vom klassischen Belcanto-Schlager bis zu den Opern von Richard Strauss reicht der Schwerpunkt. Die Opern werden stets ungekürzt oder mit minimalen Kürzungen dargebracht. Und das Genre? Eigentlich sei man ein Dreisparten-Haus, meint Pejrimovsky: Oper, Operette und Kinderoper. Von der Intendantin kommen die harten Fakten: In diesem Jahr 23 Produktionen, 160 Spielabende. In Wien sei man Marktführer im Segment Kinder-Oper.

## OPER UNTER TAGE?

Eine Genugtuung für Stanglmayr, die schon vor OPER in der KRYPTA eine erfahrene Musikmanagerin war, das Business einst bei Peter Maffay gelernt hat. Lange war sie auf der Suche nach der perfekten Tosca, ihrer Lieblingsoper. Überhaupt hegt sie eine große Leidenschaft für die Werke Puccinis und Wagners. Ihre Freunde meinten: Mach doch selber was!

Doch warum gerade in der Krypta der Peterskirche? Das Opus Dei, das dort seine Österreich-Zentrale hat, ist nicht gerade für seine Liberalität verschrien, auch ist die Personalprälatur keine Gemeinschaft, bei der Kunstförderung ein Grund-



*La Bohème (Penelope Kendros/Musetta)*

charisma wäre. Eine erste Anfrage für Besichtigung verlief entsprechend negativ. Im Mai 2014 kam es zu einem persönlichen Gespräch. Da sahen die Dinge dann schon anders aus. Man will ja nicht unhöflich sein. Ein gemeinsamer Rundgang folgte also. Stanglmayr war von der Location vom ersten Moment an sehr beeindruckt. Dann erneuert die Absage des Kuraten der Peterskirche: Es sei nicht möglich, dort Operntheater zu machen. Es gäbe Bedenken wegen möglicher Beeinträchtigung der Seelsorge und Liturgie. Nach langem

Antichambrieren, probeweise eine Produktion: Humperdincks Hänsel und Gretel. Die war ein großer Erfolg und verlief ohne irgendeine Friktion. Der Rektor selbst ist sehr musikinteressiert und so wurde ein Vertrag geschlossen. In der weiteren Arbeit konnten bald alle Vorbehalte ausgeräumt werden. Und die Gemeinde ist glücklich über die besten Mieter im Haus. Geistliche finden sich regelmäßig im Publikum. „Die Krypta ist ein Zuhause geworden“, so die Intendantin, „und mit seinem Zuhause geht man sorgsam

um.“ Es herrscht ein Vertrauensverhältnis vor, man hilft einander gerne gegenseitig.

## PRODUKTIONSNOTIZEN

Regie, Bühnenbild und Maske sind reduziert. Das hat nicht nur finanzielle Gründe. Man will Rollen und Musik für sich sprechen lassen, ohne Regieexperimente. In den Stücken sei selbst genug drin. Es lohne sich, da einmal in die Tiefe zu gehen. Aktualitäten und Parallelen werden von Menschen auch gefunden, ohne eine verengte Interpretation zu oktroyieren. Der Operngast darf selbst denken.

Gefördert wird freilich nichts. Wer riskiert, Libretto und Partitur weitgehend ungekürzt und unkommentiert für sich selbst stehen zu lassen, der wird in Wien nicht für solch seltsame Lustbarkeiten mit Mitteln bedacht. Dafür ist das Projekt schuldenfrei und schreibt schwarze Zahlen. Auch externe Projekte auf anderen Bühnen gibt es. Gelegentlich werden die Produktionen weiterverkauft.

## ENSEMBLE

Auch wenn er bei der geschäftlichen Seite viel von Stanglmayr lernt: „Viel menschliche Arbeit“ ist die künstlerische Leitung, so Pejrimovsky. Etwa 70 Personen wirken regelmäßig solistisch, erheblich mehr, als auf der Homepage aktuell dargestellt sind. Keines der Ensemblemitglieder lebt ausschließlich von OPER in der





*Madama Butterfly*  
(Emi Nakamura/Suzuki, Magdalena Renwart/Cio-Cio-San)

KRYPTA. Alle haben feste Engagements, etwa im Chor der Wiener Staatsoper, in Baden, der Volksoper, Gars am Kamp oder anderen Spielstätten. Es handelt sich ausnahmslos um professionelle Sängerinnen und Sänger, nicht um Studentenproduktionen. Der Umgang ist wertschätzend, unterstützend, wohlwollend, aber jeden Moment gefragt, wie es einem geht, wird man nicht. Die professionelle Haltung ist vorausgesetzt. Die

dadurch gewonnene Zeit und emotionale Freiheit werden lieber ins gemeinsame Erschließen der Partien investiert. Drama im Werk also, nicht im Ensemble.

Auf der Hauptbühne gibt es keinen Platz für ein Orchester, begleitet wird durch Klavierkorrepetition. Meist spielt Ekaterina Nokkert auf dem Steinway-Flügel. Die ehemalige Schülerin von Angelika Kirchschrager, Paul Badura-

Skoda und Stefan Gottfried und jetzige Dozentin für Klavier und Kammermusik recherchiert gewissenhaft Notenmaterial und vergleicht verschiedenste Klavierauszüge in unterschiedlichen Sprachen. So kann der Fokus ganz auf die Sängerinnen und Sänger gelegt werden, die ansonsten auf der kleinen Bühne von einem Orchester überspielt würden. Auf anderen Bühnen, auf denen das Ensemble gelegentlich wirkt, arbeitet man auch mit Orchester. Hinzu gesellt sich ein kleiner Chor von fünf bis sechs Vokalisten, abgestimmt auf den Raum. Bei der Stimmischung muss bei der Kleinheit der Bühne und des Chors natürlich sehr auf Zusammenklang und Stimmhomogenität Bedacht genommen werden.

### NÄHE ALS KONZEPT

Was das Alleinstellungsmerkmal der OPER in der KRYPTA ist? „Man lernt Musik nicht nur hören, sondern auch spüren“ (Pejrimovsky). Man glaubt dem auch physisch durchaus präsenten Bassbariton, wenn er das sagt. Das Publikum ist Teil des Geschehens. Die Grenze zwischen Bühne und Zuschauerraum ist aufgehoben, keine Barriere verbleibt zwischen Publikum und Darstellern. Diese Polarität hat man, so Pejrimovsky, sonst auch im kleinsten Theater. Hier eben nicht. Das ermöglicht große darstellerische Lebendigkeit und Unmittelbarkeit. Die Intendantin spricht ergänzend von Nähe als we-

sentlichem Konzept aller ihrer Produktionen.

### STUDIO OPER ODER OPERNSTUDIO?

Wie sieht es mit der fairen Bezahlung aus? Zahlt man Lehrgeld? Und wer wem? Welche Entwicklungschancen werden den Darstellerinnen und Darstellern geboten? Die Art-But-Fair-Frage musste kommen: Fair ist die Gage, aber nicht hoch. Fair ist sie, weil die Intendantin und der künstlerische Leiter gleich viel bekommen, wie die Solistinnen und Solisten. Grundsätzlich gilt: Was übrigbleibt, wird aufgeteilt. Die Bezahlung ist also kein Hindernis, gute Künstler zu akquirieren. Doch sie ist auch nicht der wesentliche Grund, warum das große Ensemble ihr treu bleibt, meint Stanglmayr. Da gibt es andere, wesentlichere Aspekte. Für die Publikumsliebhaber ihrer Produktionen werden auch regelmäßig Solokonzerte gestaltet. Es werden Flyer mit den Auftritten, insbesondere Rollendebuts und Solokonzerten, aufgelegt. Junge Künstlerinnen und Künstler haben die Möglichkeit, sich umfassend zu präsentieren. Regelmäßig schauen auch Scouts von Agenturen und großen Häusern vorbei. Bei Vorsingen kann darauf verwiesen werden, die Rolle gründlich studiert und über Saisonen hinweg ausgefüllt zu haben.

Aus künstlerischer Sicht ergänzt Pejrimovsky, dass die Möglichkeit besteht, eine





© Julian Yo Hedenborg

*L'elisir d'amore*  
(Sergio Tallo-Torres/Nemorino,  
Florian Pejrimovsky/Dulcamara)

Vielzahl an Rollen gründlich „auszusingen“, sich ganz in den Charakter zu begeben und solchermaßen Erfahrung zu sammeln. Ein echtes Partiestudium auf der Bühne ist heute in professionellen Settings oft gar nicht mehr möglich, ganz gleich, ob Repertoire- oder Stagione-Betrieb. Hier geht das schon. Wertschätzung drückt sich natürlich auch durch Bezahlung aus, aber eben nicht nur. Pejrimovsky ist dabei auch immer auf die stimmlichen Möglichkeiten der Kolleginnen und Kollegen bedacht und achtet sehr darauf, dass diese nicht

Partien übernehmen, für die sie noch nicht reif sind. Er weiß, was da manchmal an anderen Häusern an Gewaltakten passieren, wie Stimmen nachhaltig geschädigt werden können. Auch durch diese Sensibilität drückt sich die Wertschätzung der künstlerischen Leitung aus.

Beide, Stanglmayr die Chefin, Pejrimovsky der Doyen, machen den Eindruck, als seien sie irgendwie angekommen. Man merkt, dass sie gerne zusammenarbeiten. Beim musikalischen Luftholen. In der Krypta.



**Mag. theol. Lucas Semmelmeier (Rt-D)**

ist Tenor im Arnold Schoenberg Chor, Mitglied des Vokalensembles St. Stephan und Kantor im Wiener Stephansdom.

**AV Astoria Druck**  
(1/4 87 x 116)

## BILDQUELLENVERZEICHNIS:

S. 8 (links): SPÖ Presse und Kommunikation – <https://www.flickr.com/photos/sozialdemokratie/5350008378/in/album-72157625518973541/> / „19“ / CC BY-ND 2.0

S. 8 (rechts): SPÖ Presse und Kommunikation – <https://www.flickr.com/photos/sozialdemokratie/7534273724/in/album-72157630493220164/> / „19“ / CC BY-SA 2.0

S. 9 (oben): SPÖ Presse und Kommunikation – <https://www.flickr.com/photos/sozialdemokratie/5372534980/in/photolist-9bKDhQ-9bKDts-9bGyNk-9bGyMe-9bGyPK-9bKDCo-9bKdNU-9bGyGa/> / „Bruno Kreisky und Anton Benya, Pressekonferenz“ / Quelle: Archiv Zukunft / CC BY-ND 2.0

S. 9: SPÖ (unten) Presse und Kommunikation – <https://www.flickr.com/photos/sozialdemokratie/7534349574/in/album-72157630493220164/> / „46a“ / CC BY-SA 2.0

S. 10 (links): SPÖ Presse und Kommunikation – <https://www.flickr.com/photos/sozialdemokratie/7534351036/in/album-72157630493220164/> / „18 – 1969“ / CC BY-SA 2.0

S. 10 (rechts): SPÖ Presse und Kommunikation – <https://www.flickr.com/photos/sozialdemokratie/7534275984/in/album-72157630493220164/> / „19“ / CC BY-SA 2.0

S. 13 (oben): Academia Archiv: 22. Jahrgang, Heft 1, Oktober 1970

S. 13 (unten): Karl von Vogelsang-Insitut

S. 14: Müller, Simon / [https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F020439-0014,\\_Bundeskanzler\\_Josef\\_Klaus\\_u.\\_Ludwig\\_Erhard.jpg#/media/Datei:Bundesarchiv\\_B\\_145\\_Bild-F020439-0014,\\_Bundeskanzler\\_Josef\\_Klaus\\_u.\\_Ludwig\\_Erhard.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Bundesarchiv_B_145_Bild-F020439-0014,_Bundeskanzler_Josef_Klaus_u._Ludwig_Erhard.jpg#/media/Datei:Bundesarchiv_B_145_Bild-F020439-0014,_Bundeskanzler_Josef_Klaus_u._Ludwig_Erhard.jpg) / „Bundesarchiv, B 145 Bild-F020439-0014“ / CC-BY-SA 3.0

S. 15: Ninanuri / [https://de.wikipedia.org/wiki/Österreichischer\\_Rundfunk#/media/Datei:Orf\\_Funkhaus\\_Argentinierstr.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Österreichischer_Rundfunk#/media/Datei:Orf_Funkhaus_Argentinierstr.jpg) / „ORF Funkhaus Argentinierstraße“ / CC BY-SA 3.0

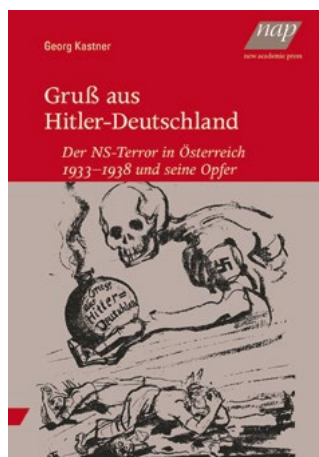
S. 17: Karl von Vogelsang-Insitut

S. 30: Jean & Nathalie – <https://www.flickr.com/photos/jries/6928489306/> / „Mont Sainte Odile“ / CC BY 2.0

# GRUSS AUS HITLER-DEUTSCHLAND

Der NS-Terror in Österreich 1933–1938 und seine Opfer

HERBERT KASPAR



Mit diesem Werk legt der in Budapest, Wien und Graz tätige Historiker Georg Kastner (Am) auf 472 Seiten eine umfassende Darstellung nationalsozialistischer Terrorakte, die zwischen dem 19. Juni 1933 (Verbot der NSDAP) und dem gewaltsamen „Anschluss“ am 12. März stattgefunden haben. Es umfasst die Ergebnisse eines Forschungsprojektes, das bereits im Jahr 2000 initiiert wurde und das folgenden Fragen nachgeht: inwieweit sich national-

sozialistische Gewalt vom gewaltbereiten Vorgehen anderer politischer Parteien unterschied und inwieweit die Terroraktionen „hausgemacht“ oder von Deutschland aus geplant oder organisiert waren; breiten Raum nimmt insbesondere eine quantitative Bestandsaufnahme der Terrorakte sowie deren Opfer ein.

Untersucht wurden insgesamt 353 Ereignisse, bei denen 799 Opfer – davon 166 Tote – zu verzeichnen waren (Zerstörungsakte nur gegen Sachen, also ohne Personenschaden, blieben weitgehend unberücksichtigt). Und dass die Rechercharbeit nicht einfach war, kann man daran ermessen, dass die Nazis nach dem Einmarsch erfolgreich bemüht waren, einschlägige Dokumente bei Polizei und Justiz verschwinden zu lassen. Informationen aus Zeitungs- und anderen Archiven muss-

ten gesichtet und abgeglichen werden. Umso beeindruckender ist, dass es unter anderem gelang über 165 Todesopfer Kurzbiographien vorzulegen, und damit der nackten Statistik eine menschliche Dimension zu geben.

Keine Frage, die damaligen Parteiarmeen waren alle gewaltbereit, aber Schutzbund und Heimwehr haben meist gegeneinander gekämpft, oftmals mit dem Motiv, sich gegen „die anderen“ wehren zu müssen. Der NS-Terror hingegen konzentrierte sich ab 1932/33 gegen den Staat und seine Organe. Es galt die bestehende Ordnung zu destabilisieren. Folglich sind auch die Opfer im Wesentlichen als Repräsentanten des Staates zu sehen, also Angehörige der Exekutive, Abgeordnete, Funktionäre, Regierungsmitglieder aber auch Vertreter der katholischen Kirche. Das erklärt, warum unter den 166

Todesopfern „nur“ ein Jude war – das Ziel der Terroristen war es einen „Systemwechsel“ zu erzwingen. (Natürlich gab es auch immer wieder Zufallsopfer und nach dem gescheiterten Juli-Putsch 1934 kommt es auch zu zwölf Fememorden, mit denen vermeintliche oder echte Abtrünnige bestraft wurden.)

## „SCHLACHTFELD UNIVERSITÄT“

ist ein eigenes Kapitel überschrieben, das sich mit diesen wichtigen Orten für politische Auseinandersetzungen beschäftigt. Gar zahlreich waren die Auseinandersetzungen zwischen „zumeist deutschnationalen Burschenschaften und katholisch nichtschlagenden, zumeist Österreich-affinen CV-Verbindungen“. Erwähnung finden unter anderem handgreifliche Auseinandersetzungen, bei denen der

Hochschulfunktionär und spätere Bundeskanzler Josef Klaus (Rd) schwer verletzt wurde oder die Störung des 50. Stiftungsfestes der Norica im Jahre 1933. (Und noch wenige Tage vor dem „Einmarsch“, am 5. März 1938 gab es einen heftigen „Zusammenstoß zwischen 250 ÖCV-Studenten und 300 Nationalen an der Rampe der Universität Wien“.)

Anfang 1934 gelang es den Naziterroristen die Regierung und vor allem die Exekutive verstärkt unter Druck zu setzen, bis dann der verhängnisvolle Februar-Aufstand des Schutzbundes zu einem – kurzen – Innehalten führte. Aber bereits am 28. Februar setzten die von der SA mit ausreichend Waffen und Sprengstoff versorgten Aktivisten ihren Bombenterror fort. Nach Verkündigung der neuen Verfassung durch die Regierung Dollfuß am 1. Mai 1934, nahmen die Anschläge wieder zu, insbesondere auch auf kirchliche Einrichtungen. So wurde etwa am 24. Juni der beliebte Kaplan Franz Eibel (Winfridia Graz im KV) mit einer Bombe getötet.

Im Juli dann kam es dann zu einem „Aufwärmen“ für die „Schlacht“, wie der Autor ein Kapitel überschreibt: In den Tagen vor dem blutigen Putsch waren bereits bei 15 Anschlägen vier Tote und 15 Verletzte zu verzeichnen. Der Putsch selbst forderte 185 Verletzte und 115 Tote, darunter bekanntlich der damalige Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (F-B), dem von den Putschisten sowohl der medizinische als auch der geistliche Beistand verweigert wurde. „Der Schock in der Bevölkerung war weit größer als von nationalsozialistischer Seite angenommen. Egal wie man zu Dollfuß stand, die Ermordung des Kanzlers wurde von einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als barbarisch abgelehnt, selbst von seinen Gegnern“, betont Kastner, der dazu auch einen Artikel aus dem SP-nahen „Kleinen Blatt“ zitiert.

Der dilettantische Putsch, der auch an der Rivalität zwischen SS und SA scheiterte, zeigte insbesondere, dass es weder in der Exekutive, noch in der Bevölkerung nennens-

werte Unterstützung für die Nazis gab. Es war eine aus München und Berlin „fern-gesteuerte“ Bewegung, die auch von dort logistisch versorgt wurde. Allerdings gelang es den Nazis weder 1933 noch 1934, „eine wirklich straffe Organisation aufzubauen. Oft handelten lokale Funktionäre eigenmächtig oder ignorierten auch die Direktiven“. Kleingruppen agierten auf eigene Faust und Meinungs-differenzen zwischen NSDAP, SS und SA (bzw. dem Vaterländischen Schutzbund) waren an der Tagesordnung.

Nach dem gescheiterten Putsch und den Ereignissen rund um die Ermordung des SA-Führers Ernst Röhm erscheint die Bewegung in Österreich stark außer Tritt. 1936 kommt es zu einer starken Propagandawelle, das Jahr darauf zu einer Intensivierung der Gewaltausübung, die bis zum „Anschluss“ andauern sollte. Der Historiker bezweifelt, dass die Nazis bei der von Kanzler Kurt Schuschnigg (AIn) angesetzten Volksabstimmung eine Mehrheit bekommen

hätten; diese Einschätzung teilte man wohl auch in Berlin, weshalb kurzfristig der Befehl zum Einmarsch gegeben wurde.

„Die Vergangenheit ist niemals tot. Sie ist nicht einmal vergangen“ – meinte William Faulkner in einem seiner Stücke. Wie recht er hat, wurde dieser Tage durch den „Historikerbericht der FPÖ“ bewiesen, in dem ein Autor die rhetorische Frage aufwirft, ob die Nazi-Diktatur von 1938 grundsätzlich schlimmer war, als die des Ständestaates von 1934. So ein Unfug richtet sich von selbst. Dafür leisten Werke wie das vorliegende – mit ihren detaillierten und umfangreichen Recherchen – einen wichtigen Beitrag, diese Zeit ein wenig besser zu verstehen.

Georg Kastner (Am)

**Gruß aus Hitler-Deutschland:  
Der NS-Terror in Österreich  
1933-1938 und seine Opfer**

ISBN: 978-3700321415

**Herbert Kaspar (Am)**

ehemaliger Chefredakteur der  
ACADEMIA

– LESERBRIEFE –

**ACADEMIA 1/2020:**

Ich gratuliere euch zur aktuellen Ausgabe der Verbandszeitschrift, die angeführten Inhalte sind brandaktuell und besonders spannend.

**Jakob Gabler (Pan)**  
2340 Mödling

**ACADEMIA 1/2020:**

Eine überwiegend sehr le-senswerte ACADEMIA!

**Prof. Gerhard Vogl**  
ORF-Chefredakteur i.R.  
1010 Wien



**Andreas Unterberger**  
Das ganz unkorrekte Tagebuch zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft  
**Österreichs meistgelesener Internet-Blog:**  
[www.andreas-unterberger.at](http://www.andreas-unterberger.at)



## **ACADEMIA 1/2020 „DIE SCHLEICHENDE BEVORMUNDUNG“:**

Gratulation zu einer gelungenen Academia, die mit einer Ausnahme frei von gebetsmühlenartigen Tiraden über „Linke“ oder „Linkslinke“ geblieben ist.

Mit größtem Befremden habe ich allerdings in der uns periodisch mitgeteilten Meinung eines der Academia-Autoren gelesen, dass die „Meinungsfreiheit 2011 durch den Gumpiparagrafen 283 StGB merkbar eingeschränkt wurde“.

Es verbietet mir die Höflichkeit, der Respekt vor ebendieser in Art 10 EMRK garantierten Meinungsfreiheit und auch die Sorge vor einem Verfahren nach Paragraf 111 StGB, diese Bewertung des Starkolumnisten in meinem Leserbrief mit den mir dazu sofort in den Sinn kommenden völlig unsachlichen Adjektiven öffentlich zu kritisieren.

**Dr. Michael R. Kogler (AW)**  
1170 Wien

---

## **ACADEMIA 1/2020 „DIE SCHLEICHENDE BEVORMUNDUNG“:**

Dem Kommentar von Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am) kann man eigentlich nur uneingeschränkt zustimmen, beschreibt er doch die Zustände in Publizistik, Wissenschaft und Politik – mit hin in unserer „aufgeklärten Gesellschaft“ - auf nicht al-

lein angemessene, sondern geradezu vortreffliche Weise. Was er für österreichische Verhältnisse festhält, trifft auf alle Länder des westlichen Mitteleuropas zu, in ganz besonderem Maße indes auf mein Herkunftsland Deutschland.

Doch richten wir unser Augenmerk auf einen paradigmatischen Vorgang hierzulande. Der Umgang mit Arbeit und Bericht der sogenannten FPÖ-Historikerkommission, an dem neben wenigen „FPÖ-nahen“ auch und vor allem parteiungebundene, zudem untadelige und wissenschaftlich ausgewiesene Fachvertreter – darunter auch CVer! - mitwirken, die sich von niemandem beeinflussen oder gar etwas vorschreiben ließen und deren Befunde ohne redaktionelle Eingriffe, d.h. ohne auch nur einen Beistrich zu verändern, publiziert worden sind, ist von einer Fronde aus ideologisch fixierten Zeitgeschichtlern und Politologen sowie ihnen willfahrenden Medien-„Schaffenden“ schon niedergemacht worden, als er noch gar nicht publiziert war. Dies setzt(e) sich seit der Veröffentlichung fort, wobei die medial multiplikatorisch verbreiteten, ehrabschneiderischen Attacken dreier einschlägig bekannter Zeitgenossen den bisherigen Höhepunkt darstell(t)en.

Es steht indes zu befürchten, dass das „türkis-grüne Experiment“, von dem die Ausgabe 1/2020 weitestgehend handelt, derartige Er-

scheinungsformen sowie die in Kaspars Kommentar zum Ausdruck gekommenen Befürchtungen eher noch begünstigt, worauf insbesondere seit Jahren gewohnte moralisierende Anflüge ergrüntes Totalitarismus' hindeuten.

**Prof. Dr. Reinhard Olt**  
1230 Wien

---

## **ACADEMIA 1/2020 „DIE SCHLEICHENDE BEVORMUNDUNG“:**

Herbert Kaspar (Am) hat in sehr verdienstvoller Weise auf die bestehende Einschränkung der Meinungsfreiheit hingewiesen. Er erwähnt auch Islamophobie. Dieser Hinweis erscheint mir sehr wichtig, weil – wie ich immer wieder feststelle – auch im CV die Meinung vertreten wird, dass nicht alle Muslime gewaltbereit sind und diese Gewaltbereitschaft nur auf radikalisierte Muslime zutrifft.

Wenngleich diese Meinung für die gelebte Praxis stimmt, sollte m.E. über die Tatsache diskutiert werden, dass alle Suren, also auch jene, die unseren Gesetzen widersprechen, für alle Muslime gelten und aus muslimischer Sicht jegliche Handlung rechtfertigen.

Der mit finanzieller Unterstützung der EU von Enes Bayraktali und Farid Hafez verfasste „Europäische Islamophobiebericht“ 2018 ist aus meiner

Sicht ein weiterer Anlass, eine Diskussion zu beginnen. Die Rechtsansicht des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, dass in manchen Fällen das Recht auf freie Meinungsäußerung gegenüber dem Aspekt der Wahrung des religiösen Friedens nachrangig hat, ist in Wahrheit eine schrittweise Unterwerfung unter den Islam.

**Dr. Harald Fiegl (Merc)**  
1130 Wien

---

## **ACADEMIA 1/2020, „TÜRKIS-GRÜN LIEGT MITTIG“:**

Für mich schwimmt die ÖVP-Koalition mit den Grünen im Mainstream, mit Ausnahme der von Schwarzblau herübergeretteten Absicht der Minimierung der Asyleinwanderung aus dem Orient und aus Afrika. Der Mainstream hat diktiert, dass wir die Überlebensfragen nicht ansprechen dürfen. Das größte Überlebensfrage ist unser Aussterben mitten in Frieden und Wohlstand bei gleichzeitigem Anwachsen der islamischen Bevölkerung. Nur der von der EU-Führungselite geächtete Viktor Orbán getraut sich, gegen diesen Kurs der Selbstabschaffung und für das Überleben eines europäischen Europas anzutreten. Es wäre schön, würde sich unser Cartellverband das auch getrauen.

**Dr. Edgar Pree (A-D)**  
4040 Linz

---

# DER AUSNAHMEZUSTAND

HERBERT KASPAR

*Noch niemals war es so schwierig, einen Text zu schreiben, der zu einem Zeitpunkt erscheinen wird, zu dem wir mehr über die Ausbreitung dieser neuartigen Pandemie wissen werden.*

Diese Zeilen werden Mitte März am Ende einer Woche verfasst, in der sich unser Leben dramatisch verändert hat. Unsere Bewegungsfreiheit wurde zwar schrittweise und sorgfältig dosiert, aber unbestreitbar massiv eingeschränkt. Auf erste Empfehlungen folgten konkrete Maßnahmen: Schließung von Universitäten und Schulen, Absage und Verbot von Veranstaltungen, die Abriegelung stark betroffener Regionen, Reisewarnungen und nunmehr auch die Schließung von Geschäften. Eindrucksvolle Bilder und Horrormeldungen aus Italien lassen wenig Kritik oder Widerspruch aufkommen. Sind es doch Experten für Virologie oder Epidemiologie, die nach rigorosen Maßnahmen rufen, die die Politik dann umsetzt. Wir befinden uns – erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg - in einem Aus-

nahmestand, in dem auch Freiheitsrechte teilweise suspendiert sind. Freizügigkeit oder Versammlungsfreiheit etwa haben derzeit Pause. Unsere westlichen Demokratien halten das aus, denn einerseits gibt es weitgehendes Verständnis für die Sinnhaftigkeit restriktiver Maßnahmen und andererseits geht ebendieser gesellschaftliche Konsens davon aus, dass diese Einschränkungen zeitlich streng limitiert sein müssen.

Ganz anders die Situation im Ursprungsland des Virus, wo ein diktatorisches Regime zu Beginn die Entwicklung der Gefahr falsch eingeschätzt und dadurch erst die dramatische Ausbreitung ermöglicht hatte. Dann aber wurde mit allen Mitteln, die einem totalitären, Orwell'schen Überwachungsstaat zur Verfügung stehen, die Verbreitung brutal unterbunden. (Und hoffentlich bleibt es dabei und kommt es nicht zu einem neuerlichen Aufblähen). Diese Effizienz hat einen hohen, zu hohen Preis für offene Gesellschaften.

Die Pandemie verschafft dafür anderen aktuellen Themen eine Pause, wie etwa der illegalen Migration. Die von der Türkei vom Zaun gebrochene Krise an der griechischen Grenze trifft die meisten EU-Staaten unvorbereitet. Man hat die Jahre seit 2015 nicht genutzt, eine konsequente und glaubwürdige Strategie zu entwickeln, und hofft wohl, dass die Griechen diesmal schon irgendwie den Ansturm aufhalten werden. Das wird a la longue nicht genügen.

Und auch das Thema Nummer Eins, der Klimawandel, muss auf die Zeit nach Corona warten. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben, wie der Gesundheitsminister Rudolf Anschober am 14. März im Mittagsjournal betonte: „Ich freue mich darauf, dass wir dann, wenn wir die Corona-Krise gut überstanden haben, die Klimakrise mit einer

*ähnlichen politischen Konsequenz angehen.“*

Wir wollen den grünen Politiker, der – das sei unterstrichen – gemeinsam mit dem Bundeskanzler und dem Innenminister – soweit bislang erkennbar – einen sehr soliden Job macht, richtig verstehen: der Klimawandel ist eine immense Herausforderung für uns alle und wird uns noch viel abverlangen. Er eignet sich aber nicht zur Ausrufung eines Ausnahmezustandes mit Zwangsmaßnahmen, wie dies radikale Umweltschutzgruppen, wie etwa „Extinction Rebellion“ fordern.

Wenn diese Krise eine positive Konsequenz haben sollte, dann doch die, dass nicht nur jeder persönlich für sein Leben daraus Lehren zieht, sondern auch Gesellschaft und Politik insgesamt etwas über den Umgang mit komplexen Bedrohungen lernen.



**Prof. Dr. Herbert Kaspar (Am)**

war von 2001 bis 2013 Herausgeber und von 2013 bis 2015 Chefredakteur der ACADEMIA.

Denk  
WOZU  
vorsorgen?

Denk

